



Vierteljährlicher Abonnementpreis, in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement, 60 Pf.  
Außeralb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Anzeigengebihr für den Raum einer  
kleinen Zelle 30 Pf., für Trirate aus Schlesien u. Posen 20 Pf.

Erledigung: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
amtstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag  
zweimal an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 145. Morgen-Ausgabe.

Einundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewendt Zeitungs-Verlag.

Donnerstag, den 27. Februar 1890.

## An die Wähler!

Am 1. März finden die engeren Wahlen zwischen dem Oberpräsidenten von Seydewitz, dem Candidaten der Cartellparteien im östlichen Wahlbezirk, und dem Redacteur Vollrath, dem Candidaten unserer Partei im westlichen Wahlbezirk Breslau, einerseits und den Candidaten der socialdemokratischen Partei, dem Stadtverordneten Tutzauer und dem Schneidermeister Kühn andererseits statt.

Die Wahlen in unserer Stadt haben wie fast überall im Lande eine gewaltige Zunahme der Socialdemokratie ergeben.

Gegenüber diesem Anwachsen einer die gegenwärtige Staatsordnung bedrohenden Partei ersuchen wir unsere Parteigenossen, sowie alle unsere Mitbürger, welche nicht der Socialdemokratie angehören, dringend, ihre Stimme gegen die Socialdemokratie abzugeben und also zu stimmen

im Ostbezirk für Herrn

Oberpräsidenten von Seydewitz,

Breslau, den 25. Februar 1890.

im Westbezirk für Herrn

Redacteur Vollrath.

## Das Wahleomites der deutschfreisinnigen Partei.

Friedlaender.

### Noch einmal die Stichwahl in Breslau.

Als am letzten Sonntag ungefähr siebenzig der angesehensten Mitglieder der deutschfreisinnigen Partei Breslaus, lauter gesinnungstreue, im harten Dienste der Partei erprobte Männer, unter ihnen die bewährtesten Führer, denen kein vernünftiger Mensch zutrauen wird, daß sie irgend etwas thun werden, was sie in den Verdacht mangender Entschiedenheit in der Vertretung freisinniger Grundsätze bringen könnte, als diese Männer nach ruhiger, besonnener Aussprache sich für ein gemeinsames Vorgehen aller nichtsocialistischen Parteien Breslaus gegen die Socialdemokratie entschlossen, hatten sie dies unbekümmert um Lob oder Tadel von gegnerischer oder nichtgegnerischer Seite. Der Beschluß schien ihnen unter Würdigung der localen Verhältnisse Breslaus unerbittlich notwendig, und so wurde er gefaßt. Wenn Männer, wie der alte Achtundvierziger, der „Demokrat“ Dr. Elsner, der seit viel länger als einem Menschenalter sein Bestes an die Vertheidigung liberaler Grundsätze drangegeben; wenn Parteigenossen, wie der Stadtrichter Friedländer, dessen unerschütterliche Überzeugungstreue über jeden Verdacht der Compromisssucht erhaben ist; wenn Mitglieder der Partei, wie der Rechtsanwalt Kirschner, dessen befonnener Rath von jeher bei allen Breslauer Parteigenossen die größte Autorität genossen hat; wenn diese Männer und mit ihnen und den Mitgliedern des Vorstandes die eifrigsten, rüdigsten, zuverlässigsten Parteifreunde in der Versammlung vom Sonntag nicht nur für den Beschluß gestimmt, sondern auch mit Nachdruck und Wärme für ihn gesprochen haben, (Stadtrichter Friedländer in einer halbstündigen, von langandauerndem Beifall begleiteten Rede), dann dürfen sich die Freisinnigen außerhalb Breslaus, dann darf sich auch die freisinnige Parteileitung in Berlin über den Beschluß beruhigen. Alle diese Männer nehmen für sich mit vollem Rechte das Vertrauen in Anspruch, daß sie nicht wider ihr Gewissen handeln werden; sie nehmen aber auch für sich in Anspruch, daß ihr Beschluß, als ein wohldurchdachter, wohlüberlegter, von den Freisinnigen außerhalb Breslaus, wenn nicht gebilligt, so doch als ein im Interesse der Breslauer Partei liegender Beschluß respectirt werde. In der Breslauer freisinnigen Partei wird es daher aufrichtig beklagt, daß die „Freisinnige Zeitung“ mit gesperrter Schrift hervorhebt, daß „viele Freisinnige in Breslau die Beschlusssatzung bedauern und der Empfehlung des freisinnigen Comités keine Folge leisten werden“. Diese indirekte Aufforderung an die Breslauer Parteigenossen, gegen den Beschluß des erweiterten Wahl-Comités zu frontieren, ist um so beklagenswerther, als sie sich auf ganz unrichtige Voraussetzungen stützt. Es ist nicht zutreffend, daß „viele“ Freisinnige den Beschluß bedauern. Von dem halben Dutzend dissentirenden Mitglieder der Partei, welche am Sonntag ihre Bedenken gegen den Beschluß aussprachen, ist ausdrücklich ausgesprochen worden, daß sie sich nach der mit überwältigender Majorität erfolgten Fassung des Beschlusses auf den Boden derselben stellen würden. Die freisinnige Partei Breslaus wird daher nach wie vor ein geschlossenes Ganzes bleiben, und der von Berlin aus gemachte Versuch, einen Keil in die Partei zu treiben, wird von dem Breslauer Freisinn ganz entschieden zurückgewiesen werden. Im Uebriegen ist der Beschluß, wie wir uns, und wie sich die an der Spitze der Wahlorganisation stehenden Parteimitglieder hundertfach überzeugen konnten, in der ganzen freisinnigen Partei Breslaus mit grösster Genugthuung begrüßt worden. Daß der Beschluß gut war, können aber nur die mit den Breslauer Verhältnissen genau vertrauten richtig beurtheilen. Wir richten daher an die „Freisinnige Zeitung“ im Interesse der gesammten deutschfreisinnigen Partei die dringende Bitte, mangels einer gentigenden Kenntnis der hiesigen Parteiverhältnisse mit der Missbilligung des Verhaltens der Breslauer freisinnigen Partei zurückzuhalten. Giebt doch die „Freisinnige Zeitung“ in einer gegen die „Kieler Zeitung“ gerichteten Polemik selbst zu, daß die Entschließung über die Haltung bei den Stichwahlen Sache der Parteileitungen in den einzelnen Wahlkreisen sei, daß es „in der freisinnigen Partei keinerlei geschäftsführenden Ausschuß gebe, welcher nach der Parteiorganisation die Berechtigung besäße, darauf bezügliche Vorschriften für andre Wahlkreise ergehen zu lassen“. Folglich dürfen wir in Breslau beschließen, was wir für notwendig halten; folglich giebt es auch keinerlei geschäftsführenden Ausschuß, der uns wegen unseres Beschlusses Vorwürfe machen dürfte. Unter diesem Gesichtspunkt ist der Vorwurf der „Freisinnigen Zeitung“, daß das Breslauer freisinnige Wahlcomitee von der Absicht seiner Beschlusssatzung die Centraleleitung der freisinnigen Partei in Berlin in keiner Weise in Kenntniß gesetzt habe, geeignet, das größte Begegnen zu erregen. Die Centraleleitung der freisinnigen Partei in Berlin steht zu den Parteileitungen in der Provinz nicht im Verhältniß einer

vorgelegten Behörde zu nachgeordneten Behörden; eine Verpflichtung, von unsren Absichten nach Berlin Mittheilung zu machen, etwa um Weisungen für unser Verhalten entgegenzunehmen, bestreiten wir nachdrücklich. Die Freisinnigen Breslaus sind Männer genug, sie sind Charakterfest genug, um nach eigenem Wissen das zu thun, was ihnen die Verhältnisse zu thun gebieten. Einer solchen goldenen Unabhängigkeit hat sich die entschieden freisinnige Partei Breslaus stets erfreut, ob sie demokratische, oder Fortschritts-, oder freisinnige Partei hieß, und diese Unabhängigkeit wird man sich hier unter allen Umständen zu wahren wissen.

Die Gründe, die zu dem Beschluß vom Sonntag geführt haben, sind von uns in Nr. 139 summarisch dargelegt worden. Der wichtigste ist der, daß die Breslauer Socialdemokratie unter der Führung, deren sie sich seit einiger Zeit erfreut, eine ganz andre geworden ist, als die Socialdemokratie irgendwo sonst ist. Das hiesige Organ der Socialdemokratie und mit ihm der Rednerkamm der Partei, sie fordern das politische Gefühl aller nichtsocialistischen Parteien, namentlich aber der freisinnigen Partei, in einer Weise heraus, für welche kein abwehrender Ausdruck stark genug ist. Die Breslauer Socialdemokratie, wie sie sich jetzt gebeendet, läßt uns in einen Abgrund von Fanatismus, von gehässiger Unverhönllichkeit blicken, der den rechtlichen denkenden Staatsbürger, er mag rechts oder links stehen, stupsig macht. Dieser Wahrnehmung gegenüber müssen sich in Breslau die Freunde der bestehenden Staats-Ordnung zusammenhaaren, müssen sie vergessen, was sie trennt, müssen sie den Führern und Führerinnen durch ihre einmütige Geschlossenheit ein „Menetekel“ entgegenhalten. Das haben die Männer, die an der Spitze der freisinnigen Partei in Breslau stehen, eingesehen, und darum haben sie den Beschluß gefaßt, am 1. März in Uebereinstimmung mit dem gesammten Bürgerthum Breslaus, soweit es die socialdemokratischen Lehren für gemeinhinlich hält, gegen die Breslauer Socialdemokratie zu stimmen. Ob mit Erfolg, das hängt von dem Breslauer Bürgerthum selbst ab, das zuversichtlich wissen wird, was es am 1. März zu thun hat!

können den Grund oder Ugrund dieser Angaben nicht beurtheilen; die allgemeinen Ursachen, welche in ganz Deutschland das Wahlergebnis bewirkt haben, werden wohl auch in Württemberg in erster Reihe dazu beigetragen haben; indeß wird es sich jedenfalls empfehlen, die öffentlich erhobenen Beschwerden nicht unbeachtet zu lassen.“

[Zu den Wahlen.] In Marburg kommt Dr. Bödel (Antisemit) nicht, wie ursprünglich gemeldet wurde, mit dem Socialdemokraten Bauer in die Stichwahl; Bödel wurde schon im ersten Wahlgange gewählt.

Nach der amtlichen Feststellung ist das Wahlergebnis in Kiel folgendes: Es erhielten: Professor Dr. Hönel (frei) 11 921 St., Consistorialrat Dr. Stockmann (Cartell) 5402 St., Cigarrenfabrikant Förster (soc.) 14 443 St. Die Stichwahl zwischen Prof. Hönel und Cigarrenfabrikant Förster findet am Dienstag, den 4. März, statt.

[Stadtverordneten-Versammlung.] In der nächsten Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag findet die Wahl des Oberbürgermeisters von Berlin statt.

[Der erste Bericht der Unterrichts-Commission über Petitionen] ist im Abgeordnetenhaus erschienen. Die Petitionen der Lehrer der Königlichen Gymnasien zu Rawitsch, Gr.-Glogau und Oppeln verlangen Gebailsaufbesserung der Lehrer an den Königlichen höheren Lehranstalten, insbesondere deren Gleichstellung im Gehalt mit den Richtern I. Instanz. Die Commission beantragt, mit Rücksicht auf die bereits auf gleichartige und ähnliche Petitionen in früheren Sessionen gefassten beifürwortenden Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und im Hinblick auf die Erklärungen des Cultusministers in der Session 1885, wonach der Anspruch der Lehrer in staatlichen Gymnasien auf Gleichstellung im Gehalt mit den Richtern I. Instanz an sich ein berechtigter sei und auf die Erklärung des Finanzministers in der laufenden Session, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter beabsichtigt sei und unter diesen Beamten auch Lehrer zu verstehen seien, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugeben. — Mitglieder des Schulvorstandes der Schule Salau-Sperl-Bruskeinen petitionieren um Änderung der §§ 39 und 40 der Schulordnung für die Provinz Preußen vom 11. Dezember 1845 dahin, daß die Schulleistungen nicht mehr nach der Zahl der Haushaltungen auf die einzelnen Gemeinden, sondern innerhalb der ganzen Schulgemeinde nach dem Grundsteuervertrag der Liegenschaften zur Belohnung kommen. Die Commission beantragt, diese Petition der Staatsregierung zur Rücksichtigung zu überweisen.

[Deutscher Landwirtschaftsrath.] Unter Vorsteh des Ritterstands-Direktors v. Wedell-Malchow begann am Dienstag die zweite Sitzung des Landwirtschaftsrates mit der Verhandlung über die Frage der Verfälschung der Futtermittel. Defonominerath von Langsdorff-Dresden brachte, wie die „B.Z.“ berichtet, den folgenden Antrag ein: „Der deutsche Landwirtschaftsrath wolle beschließen: an die Reichsregierung die Bitte zu richten, in Erwägung ziehen zu wollen, in wie weit der Handel mit Futtermitteln durch ein Gesetz nach Analogie der menschlichen Nahrungsmittel der behördlichen Aufsicht zu unterstellen sei.“ Der Antrag wurde mit 23 gegen 19 Stimmen angenommen. Dazu beschloß man auf Antrag des Frhrn. v. Canstein: „Eine das Recht der Cooptation bestehende Commission von drei Mitgliedern zu erwählen, welche

A. mit Vertretern der bedeutendsten Firmen, welche Futtermittel herstellen und verkaufen, oder lediglich verkaufen, in Verhandlung tritt, um herbeizuführen: 1) daß bei jedem Verkaufsgeschäft ein bestimmter Mindestgehalt an Einzelfibrern und Fett garantiert und auch ohne Aufforderung des Käufers in den Rechnungen mitgetheilt wird; 2) etwaige Minderwerthe nach den mit jeder Fabrik zu vereinbarenden Sätzen und Bestimmungen dem Käufer vergütet werden.

B. an den Verband deutscher Müller zu Berlin sich wendet, um 1) zu verhandeln, auf welche Weise die Müller zu Garantien für die von ihnen verkauften Kleien und sonstigen zu Viehfutter geeigneten Waren, wie Schwarzmehl, Kätkorn u. A. m. herangezogen werden können, und 2) die Begriffe der Berunreinigung und der Verfälschung der Futtermittel aus der Getreideindustrie möglichst genau nach Art und Menge festzustellen, um den Gerichten die notwendigen und allgemein anerkannten Grundlagen zur strafrechtlichen Verfolgung zu gewähren. 3) Den Verband der deutschen landwirtschaftlichen Berufsstationen zu ersuchen, in seiner nächsten General-Versammlung über nachfolgende Fragen zu berathen:

- a. Vereinbarung derjenigen Methoden, nach welchen die Futtermittel behufs ihrer Kontrolle zu untersuchen sind;
- b. Aufstellung der Bestimmungen, nach welchen die Probenahme behufs Herstellung von Untersuchungen zu erfolgen hat;
- c. Vereinbarungen über die zulässige Anwesenheit fremder Bestandtheile in den Futtermitteln nach Art und Menge.

Es ist wünschenswerth, daß zu diesen Verhandlungen außer der unter 2 erwähnten Commission auch Handelschmierer und Vertreter größerer Fabriken, in welchen Futtermittel dargestellt werden, zugezogen werden, sowie mit Rücksicht auf die in Frage kommenden gesundheitsfördernden Folgen des Genusses verfälschter Futtermittel 4) die landwirtschaftlichen Provinzial- und Centralvereine zu ersuchen.

- 1) soweit sie den genossenschaftlichen Bestrebungen nicht schon jetzt Eingang bei ihren Genossen verliehen haben, auf die Bildung möglichst vieler Consumentvereine hinzuwirken, damit durch den gemeinsamen Bezug in ihrem Werth garantirter Futtermittel aus besten Quellen und durch die bei jeder Sendung veranlaßte Untersuchung durch Controlstationen auch die Kreise kleinerer und kleinerer Grundbesitzer zu billigen und werthvollen Futtermitteln gelangen können;
- 2) in Erwägung zu nehmen, ob und auf welche Weise die Prüfungen der Futtermittel durch die Controlstationen im Interesse der kleineren Landwirthe verbilligt werden können, sofern nicht für diese eine unentgeltliche Prüfung sich einführen läßt.“

Ferner nahm die Versammlung einen auf Grund von Mitteilungen des Prof. Maer der Halle von v. Below-Salske gestellten Antrag an: „Es ist darin zu wirken, daß den Vorstehern landwirtschaftlicher Berufsstationen bezüglich ihrer Gutachten eine derartige Stellung gegeben werde, daß sie bei ihrem Vorgehen gegen die Verfälschungen landwirtschaftlicher Gebrauchsartikel nach Maßgabe des § 193 des Strafgesetzbuches wirksam geschützt werden.“

Nach einer Pause ging man wieder zum Entwurf des fürgerlichen Gesetzbuches über. Zu Buch III, Abschnitt IX, Tit. I und II (Pfandrecht und Grundtäubel) wurde der folgende Antrag Andreae und Bachmair angenommen: „Die im Entwurfe vorgesehenen Verpfändungsformen einschließlich der Sicherheits- und Arresthypothek sind beizubehalten.“ Ferner wurden angenommen: der Commissionsantrag „§ 1068 des Entwurfs ist dahin abzuändern, daß die Haftung des Gutszubehörs für den Realgläubiger nur dann aufhört, wenn dafelbige in ordnungsmäßiger Wirtschaftsführung vom Eute entfernt ist, und daß das nach geltendem preußischen Rechte dem Realgläubiger zustehende Widerspruchrecht gegen Pfändung von Gutszubehör durch Personalgläubiger beizubehalten ist.“

Angenommen wurde ein Antrag Bachmair: „Übernimmt in einem Veräußerungsvertrag der Erwerber eines Grundstückes eine hierauf haftende Hypothek gegen Anrechnung am Erwerbspreise, so gilt es als Zustimmung des Gläubigers, wenn er nicht innerhalb einer sechsmonatlichen, mit der Mitteilung des Veräußerers beginnenden Frist diesem erklärt, daß er die Zustimmung verweigere. Die Zustimmung des Gläubigers bewirkt, daß der bisherige Schuldner aufhört, Schuldner zu sein, und der Erwerber an dessen Stelle tritt. Versagt der Gläubiger die Zustimmung, so haftet der Erwerber dem Veräußerer nur dafür, daß dieser von dem Gläubiger nicht in Anspruch genommen wird.“ Endlich fanden Annahme die Commissionsanträge: 6) Neben dem in § 1103 des Entwurfs geordneten Aufgebot erlochener Hypotheken ist das Aufgebot auf Grund einer Bescheinigung über die Tilgung der Post für zulässig zu erklären. 7) In dem Einführungsgesetz zum B. G.-B. ist ein Vorbehalt dahin aufzunehmen, a. daß unberührt bleiben die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes erlassenen statutarischen Bestimmungen und Privilegien der landesgleich bestätigten öffentlichen Creditanstalten; b. daß das einer öffentlichen Creditanstalt verpfändete Grundstück für die statutenmäßigen Beiträge und sonstigen Leistungen des Schuldners haftet, auch soweit diesbezüglich nicht Capitalabtrag sind.

Zu Buch IV, Abschn. I, Titel II und III des Entwurfs (Güterrecht) beschloß die Versammlung: „Die einheitliche Regelung des Güterrechtes, wie sie der Entwurf enthält, ist zu billigen.“

[Der fortschrittliche Bezirksverein der Potsdamer Vorstadt] hatte zu Dienstag Abend die freisinnigen Wähler, welche die Kandidatur Professor Birchow's unterstützen wollen, zu einer Beisprechung über die bevorstehende Stichwahl eingeladen. Den einleitenden Vortrag hielt Herr Dr. v. Kalkstein, welcher nach einer sehr kurzen Charakterisierung, der in dem zweiten Reichstagswahlkreise zur Stichwahl stehenden Kandidaten einen warmen Appell an die Wähler richtete, mit allen Kräften für die Wiederwahl Rudolf Birchow's eingetreten. (Lebhafte Beifall.) Unter lebhafter Zustimmung trat in längerer Ausführung Herr Rechtsanwalt Meschelsohn für die Wahl Birchow's ein und weist darauf hin, daß es sich in den nächsten fünf Jahren gar nicht um die Vermirklichung des socialistischen Zukunftstaates, sondern darum handelt, die Rechte und Interessen des Volkes zu wahren, wie dies von jener durch Rudolf Birchow geschehen. (Lebhafte Beifall.) Von stürmischem Beifall begrüßt nimmt hierauf Herr Professor Birchow das Wort. Redner erinnert daran, daß nicht die Regierung es war, welche den Antrag auf Verlängerung der Legislaturperioden eingebracht hat, sondern das Cartell, und daß angeblich des Wahlausgangs selbst in den Reihen desselben eine gewisse Ernüchterung einzutreten beginne. Von dem Beschlusse der Cartellparteien, für seine (Redners) Wahl einzutreten, sei er, obgleich der Gedanke an sich vernünftig sei, sehr überrascht gewesen, und man dürfe eigentlich gespannt auf das praktische Resultat dieses Beschlusses sein. (Große Heiterkeit.) In längerer Ausführung zeigt der Vortragende, wie gemäßigt und berechtigt die von der freisinnigen Partei gestellten Anträge in Bezug auf das freie Wahlrecht, die Lebensmittelverhinderung und so weiter waren, und wie jeder wirklich freisinnige Mann für dieselben hätte eintreten müssen. Sehr scheine auch die freisinnige Partei wieder zu den „staatsverhaltenden“ Parteien gerechnet werden zu sollen, und dieser Fortschritt, wenn er auf ehrlicher Erkenntnis beruht, sei gewiß freudig zu begrüßen. In der Haltung der freisinnigen Partei werde indessen durch dies Liebeswerben nichts geändert. (Lebhafte Beifall.) In Bezug auf die sozialen Fragen ist der Vortragende der Aufficht, daß bei gutem Willen in einer einzigen Session es möglich sei, den beziehenden Forderungen der Arbeiter gelegentlich gerecht zu werden. Im Übrigen komme es darauf an, eine weitere Abredelung der Rechte und Schädigung der Interessen des Volkes zu verhüten. (Lebhafte Beifall.)

Nach lebhafter Debatte beschließt die Versammlung, mit allen Kräften für die Wahl Birchow's einzutreten.

[Militär-Wochenblatt.] v. Rosenberg-Gruszczynski II, Major vom Generalstab des II. Armee-Corps, zum Generalstab des Gouvernements von Mainz, v. Kleist, Major vom Generalstab der 3. Div., zum Generalstab des II. Armee-Corps versetzt. Moeller, Sec.-Lt. vom 4. Niederschles. Inf.-Regt. Nr. 51, vom 1. April d. J. ab auf ein Jahr zur Dienstleistung bei der Schloßgarde-Comp. commandirt.

\* Berlin, 26. Februar. [Berliner Neugkeiten.] Die Bevölkerung Berlins hat im Verwaltungsjahr 1888/89 sich um 56 500 Seelen vermehrt, diejenigen nicht mit eingerechnet, welche tatsächlich Berliner sind, aber auf Schöneberger und Charlottenburger Gebiet wohnen. Die Zunahme ist also über 50 000 beträchtlich hinausgegangen und wird voraussichtlich in diesem Jahre (1889/90) sich noch höher beitragen, wenigstens ist seit dem 1. October bis jetzt die Zunahme mehr als 30 000 Seelen gewesen. Eine genaue Statistik des Magistrats stellt fest, daß auch die Wohnungswirtschaft sich infolge verbessert haben, als auf 355 Köpfe der hinzugekommenen Bevölkerung eine neue Wohnung hinzugekommen ist.

In der Untersuchung gegen den Rendanten Arentz haben in den letzten Wochen zahlreiche Vernehmungen von Zeugen stattgefunden. Wie man hört, soll der Fehlbetrag die vierstellige Summe von 60 000 Mark noch übersteigen. Die Hauptverhandlung dieses Prozesses ist vor Ostern nicht zu erwarten. — Die glänzende Wohnungseinrichtung Arentz' ist in öffentlicher Verkeinerung um den geringen Betrag von etwa 7000 Mark veräußert worden.

\* Köln, 13. Febr. [Elektrische Beleuchtung.] Das Stadtverordneten-Collegium bewilligte für die Anlage einer elektrischen Centralstation für Wechselstrom auf dem Gelände der Pumpstation Severin und des zugehörigen Leitungsnetzes mit Transformation und des nötigen sonstigen Betriebes einen Credit von 1850 000 M., wobei ein Preis von 8 Pf. für je 100 Wattkerzen, bzw. von 4 1/2 Pf. für die 16 kerzige Glühlampe pro Stunde zu Grunde gelegt wird. Die Ausführung dieser Anlage wurde der Firma Ganz u. Cie. gemeinschaftlich mit der A.-G. „Helios“ in Köln übertragen.

Bernisches aus Deutschland. Das schon erwähnte Unglück, welches sich am Montag in Hamburg ereignete, hat erstaunlicherweise keinen so großen Umfang gehabt, als man zuerst glauben mußte. Die „T. R.“ erählt darüber aus Hamburg folgenden Bericht: „In der „Flora“, einem vor zwei Jahren im großartigen Stil an Stelle des besamten Dammschen „Evoli am Schlossblatt“ auf Altonaer Grund und Boden errichteten Concerthaus, beabsichtigte man über einem Theile des Gartens ein leichtes Glasdach, das auf Eisen ruhen sollte, anzubringen. Aus einer noch nicht aufgeklärten Ursache geriet nun am Montag das Holzgerüst, welches bereits mit einem Theil der Schienen und eiserinen Doppelträgern belastet war, ins Schwanken, stürzte ein und begrub einen Theil der achtzehn beim Bau beschäftigten Arbeiter unter sich. Als bald waren die Hamburger Feuerwehr und die Mannschaften vom Notzen Kreuz zur Stelle, um die Verunglücks aus den Trümmern hervorzuziehen. Ein Arbeiter war tot und sechs andere waren mehr oder minder schwer verletzt. Die übrigen elf Männer hattentheils ist gestanden, daß sie nicht von den hinabstürzenden Eiern und Holzmassen getroffen werden konnten, teils war es ihnen noch gelungen, sich schnell in Sicherheit zu bringen. Die Leitung des Eisenbaues lag einem Herrn Gärtner ob, der dieselbe im Auftrage einer Berliner Gesellschaft führte.“

### Österreich-Ungarn.

[Eine tumultuarische Scene] spielte sich, wie schon kurz erwähnt, am Dienstag im ungarischen Abgeordnetenhaus ab. Zunächst sprach der Ackerbauminister Graf Szapary, um sich gegen mehrere Anschuldigungen zu verteidigen; besonders ließ es der Minister sich angelegen sein, seine frühere Wirksamkeit als Finanzminister ins rechte Licht zu setzen. Mit allgemeiner Aufmerksamkeit wurde die Schilderung angehört, welche Graf Szapary von den Schwierigkeiten bot, mit denen er als Finanzminister zu kämpfen gehabt, und von den Leistungen aus dieser Epoche, auf welche er mit Stolz hinweisen könnte. Großen Lärm machte die Linke jedoch, als der Minister die Zuversicht aussprach, daß die Mehrheit des Landes auch die Mehrheit des Hauses sei, welche zu dieser Regierung Vertrauen habe. Nachdem noch Helsy seine Beziehungen zum ehemaligen Centrum mitgetheilt, sprach Kornel Abranyi, der sich vorgenommen hatte, die Opposition gegen die Neujahrsrede des Ministerpräsidenten zu verteidigen und den Nachweis zu liefern, daß die Opposition mit ihrem Ansturm gegen Koloman Tisza den Parlamentarismus selbst nicht schädige. Der

Linke gefiel am meisten die grausame Kritik, die Redner an der Haltung des Ministerpräsidenten in der Frage des Insolvenzgesetzes übte, und wie wahnsinnig applaudierte sie trotz heftiger Glockenzeichen des Präsidenten, als Redner sich zu der Phrase versteig: Tisza schütze heute nicht mehr als eine dünne Haut, welche sein Erbthon verbirgt. Der letzte Theil der Phrase war in dem riesigen Beifallsalarm, den die Opposition mache, und in welchen sich die Entrüstungsruhe der Rechten mengten, ganz verloren gegangen. Nachdem der Präsident sich endlich einigermaßen Gehör verschafft, forderte er Abranyi auf, seine letzten Worte zu erklären. Wenn Abranyi seine Worte nicht erkläre, dürfe er, der Präsident, nicht zugeben, daß im Parlament Ausdrücke gebraucht werden, die in seiner anständigen Gesellschaft geduldet werden dürfen. Diese Bemerkung veranlaßte Scenen, wie sie in diesem Abgeordnetenhaus einfach noch nicht vorgekommen sind. Während die Rechte dem Präsidenten Ovationen bereitete, erhob sich die gesammte Linke mit drohenden Fäusten gegen den Präsidenten und aus ihren wütenden Zurufen konnte man entnehmen, daß denselben zugemutet werde, seine Worte zurückzuziehen. Das wäre eine Viertelstunde. Die Linke tobte und drohte, während die Rechte durch ihre Zurufe den Redner, der aufrecht stehen geblieben, aufzufordern schien, den Schaulaß zu verlassen. Endlich gelang es dem Präsidenten abermals, sich verständlich zu machen; kaum hatte er aber gesagt: „Ich fordere den geehrten Herrn Abgeordneten auf, seine Worte zu erklären“, als die Linke abermals in ihrem sörmlischen Wutparoxysmus zurückfiel. „Erklären Sie Ihre Worte!“ schaltete es dem Präsidenten hundertfach zurück, worauf Herr v. Pechy im Tone tieffester Entrüstung unter dem Beifallsgetöse der Rechten ausrief: „Wer seine Worte von diesem Platze aus zurückzieht, der gehört nicht hierher; ich habe nichts zurückzuziehen!“ Abranyi suchte nun das Wort zu ergreifen. Nun war es die Rechte, deren Rufe den Redner hieran hinderten, was die Linke durch wütende Drohungen gegen die Rechte und durch eine Fluth von Zurufen erwiderete. Endlich gelang es dem Redner dennoch, sich verständlich zu machen. Kaum hatte man aber auf der Rechten bemerkt, daß er seine Rede fortsetze, rief Alles: „Erklären Sie erst Ihre Worte!“ Zornig sprang die Linke abermals auf; Ugron rief dem Präsidenten zu: „Machen Sie Ordnung!“ Endlich sagte Abranyi, er habe seine Worte erklären wollen, da jedoch der Präsident dieselben bereits beleidigender Weise qualifiziert habe, verzichtete er darauf. Nun war es am Präsidenten, zu bemerken, er habe nur für den Fall, daß Abranyi seine Worte nicht erklärt, gemeint . . . Das, was er weiter sagen wollte, ging im Hohngelächter der Opposition verloren. Glücklicherweise beschloß Abranyi seine Rede rasch mit einigen tönen Phrasen, worauf der Präsident ihn zur Ordnung rief, weil er seine beleidigenden Worte nicht erklärt hatte. Großer Beifall auf der Rechten, neuerliche Wutausbrüche auf der Linke; Ugron stürzte auf die Präsidentenestrade mit geballten Fäusten los, nachdem der Präsident die Sitzung bereits geschlossen hatte. Allein dieser rief ihm zu: „Ich fürchte mich nicht vor Ihnen; Sie können mir immer drohen!“

### Italien.

[In der italienischen Kammer] kam es am 19. d. M. zu erregten Zwischenfällen, welche der Abgeordnete Imbriani herbeiführte. Gleich im Beginn der Sitzung und bei Gelegenheit der Genehmigung des vorigen Protokolls glaubte er, wie der „Voss-Zeitung“ geschrieben wird, in der gewohnt värbißigen Art über die Neapeler Assanierung-Gesellschaft herzallen zu sollen, welche er für das neuliche Bauunglück verantwortlich mache, hinzufügend, daß von den zu Gunsten der Neapeler Neubauten bewilligten 100 Millionen mindestens 60 in die Tasche von Speculanen gleiten würden. Der Ministerpräsident, der erst später in der Kammer erschien und Mitteilung von dieser Anklage erhielt, protestierte energisch gegen die ungerechten Worte und irrgewisse Urtheile über die

### Behnites Abonnements-Concert des Orchester-Vereins.

Die Zahl der Haydn'schen Sinfonien, die heute noch als lebensfähig erachtet werden, ist nicht allzu groß. Diejenigen, welche in seiner Jugendperiode entstanden sind und lediglich als Versuche und Vorarbeiten, die Form der Sinfonie zu fixiren, anzusehen sind, scheiden von selbst aus. Aber auch von den späteren, reiferen Werken erscheinen nur bestimmte, die sich durch irgend eine Eigenthümlichkeit auszeichnen, auf den Programmen. Es ist eine Art künstlerischer Anstandslosigkeit geworden, den alten Haydn nicht ganz bei Seite zu versetzen; auf enthusiastische Aufnahme bei dem großen Publikum dürfen seine prunklosen und naiven Werke freilich nicht rechnen. Die es-dur-Sinfonie (Nr. 1 der Ausgabe von Breitkopf u. Härtel), welche am Dienstag unter M. Bruch's Leitung zur Aufführung gelangte, fand denn auch nur mäßigen Beifall, obwohl sie unter die amuthigsten und formvollendetsten gehört. Vorzüglich gelangten der erste Satz und das Violinosolo des zweiten Satzes (Herr Concertmeister Himmelstoss).

Die dramatische Ouverture „Husitska“ von A. Dvorák, welche zum ersten Male zum Vortrag gelangte, ist ein Werk, welches ohne erläuterndes Programm kaum zu verstehen ist. Wohl fühlt man, daß in ihr Kampf und Fehde tobt, und der Titel wie das Localcolorit lassen auch keinen Zweifel darüber, wo der Streit ausgefochten wird, aber Specielleres über die Vorgänge, die das Werk illustrieren soll, läßt sich nicht angeben, es sei denn, daß man sich in gewagte Hypothesen einlasse. Das Stück ist mit grohem Rassiflement instrumentiert. Der Componist weiß, ohne daß er in Extravaganz versäßt, die Klangfarben so geschickt zu mischen, daß man über der Klangwirkung oft die Kleinlichkeit der thematischen Arbeit und die Dürftigkeit der musikalischen Gedanken vergibt. Dvorák's Ouverture gehört unter jene Werke, die weder eine straffe Einheit, noch eine konsequente Steigerung aufweisen, die aber durch hübsch erdachte, um nicht zu sagen gefügte Neuerlichkeiten das Interesse der Zuhörer für kurze Zeit zu fesseln vermögen.

Das letzte Orchesterstück des Abends, Schuberth's Reitermarsch, brillant instrumentirt von Lipt, darf als allgemein bekannt vorausgesetzt werden.

Der Solist des Abends, Herr Max Pauer, Professor am Conservatorium in Köln, machte uns zunächst mit dem Clavierconcert (B-dur op. 18, Nr. 5 der nachgelassenen Werke) von Hermann Goetz bekannt. Wir müssen ihm dafür um so mehr dankbar sein, als das schwere und nicht immer dansbare Werk ihm verhältnismäßig wenig Gelegenheit gab, die Eigenart seines pianistischen Könnens ins rechte Licht zu stellen. Goetz ist der Kunst fröhlich entrissen worden, ehe noch sein kräftiges Talent ausreifen konnte. Was bei seinen Lehrlingen in die Lessentlichkeit getreten ist, trägt den Stempel der Originalität und künstlerischen Selbstständigkeit. Man war berechtigt, mit der Zeit Goethes und Bedeutendes von ihm zu erwarten; im Alter von 36 Jahren raffte ihn der Tod dahin. Er hinterließ eine Anzahl größerer und kleinerer Compositionen, welchen er die letzte Feile nicht hatte angedeihen lassen können. Trotzdem fanden sich Verleger, die

gestützt auf das Renommée Goetz's, den Druck risikierten; der Nachruhm des Componisten ist dadurch nicht vermehrt worden. Das b-dur-Clavierconcert enthält neben vielem Schönen doch auch mancherlei Unfertigkeiten, die einen ungeübten Genuss nicht zulassen. Glücklich erstanden ist der Anfang. Der Componist verzichtet auf die übliche Orchestereinleitung, stellt den Grundgedanken ohne alle Umschweife klar und bündig hin und entwickelt ihn sodann in verständlicher und logischer Weise. Die eigentliche Durchführung geht leider allzusehr ins Breite; die Clavierphrase, jener bekannte Nothhelfer, zu welchem auch die Besten mitunter ihre Lustsucht nehmen, macht sich mehr bemerklich, als der Compactheit des Ganzen trügt. Im weiteren Verlaufe fehlt es nicht an schönen und wirtsamem Momenten, aber einerseits läßt handgreifliche Anklänge an schon Bekanntes, und andererseits vermag der Componist nicht, seinen Gedanken eine knappe Form zu geben. Er wird geschwägert und plaudert mehr, als den Zuhörern lieb sein kann. Im Großen und Ganzen ist das Werk als eine interessante, aber nicht fertig gewordene Arbeit zu bezeichnen. — Herr Pauer spielte das Concert mit staunenswerther Technik; nur für die Fortissimo-Stellen reichte die Kraft des Spielers nicht immer aus. In seinem eigentlichen Elemente befand sich Herr Pauer bei seinen Solostücken. Rubinstein's vierte Barcarole und Mendelssohns „Leicht und lustig“ (op. 7 Nr. 7) waren pianistisch Darbietungen seltenster Art. Herr Pauer verfügt über einen so leichten, eleganten und zierlichen Anschlag, und eine so einwandfreie und unschätzbare Geläufigkeit, daß er jeder Konkurrenz Trost bieten kann. Das Mendelssohnsche Stückchen, welches sich so leicht anhört und so schwer auszuführen ist, wird ihm nicht bald einer nachspielen. Der Beifall, den Herr Pauer mit dem Vortrage der Moszkowskischen Concertetüde „Les vagues“ (op. 24, Nr. 1) fand, veranlaßte ihn, noch ein Stück ebendesselben Componisten zuzugeben, welches ebenso wohlwollend aufgenommen wurde.

E. Bohn.

### Neueste Beiträge zur Biographie Fritz Reuters.\*

Als der große mecklenburgische Humorist in Eilenach auf dem Sterbelager dem Ende entgegenjährt, fragte er sein „Louising“, ob er wohl durch seine Schreibungen weiterleben werde, und auf der Gattin wehmütige Gegenfrage, ob das sein Wunsch sei, antwortete er lächelnd: „D gewiß, es wäre doch so schön!“ und leise fügte er hinzu: „Alle Menschen glücklich wissen, alle Menschen glücklich machen . . .“ Dann verschied der liebenswürdigste Mensch und Dichter.

Reuters Wunsch aber, nicht vergessen zu werden, ist verdientermaßen in Erfüllung gegangen. Er hat durch seine Werke Hunderttausende beglückt; sie sind zum Gefundenbrunnen geworden, an dessen sprudelndem, kristallinem Quell sich Alles erquiken darf, so weit die niederdeutsche — nein! so weit überhaupt die deutsche Zunge klingt. Denn die Wiedererstehung der Kenntnis niederdeutscher Art und Sprache auch in den hochdeutschen Theilen unseres Vaterlandes ist in aller-

erster Linie der Popularität und dem glücklichen, allen Volkschichten zugänglichen Humor der Reuter'schen Schriften zu danken.

Das Reuter auch nach seinem Tode von Hunderttausenden geliebt wird, ist natürlich; aber ebenso natürlich ist der Wunsch dieser Hunderttausende, einen Blick in das Leben ihres Lieblings zu thun, des guten Menschen, dem es gelang, durch seine Arbeit ein ganzes Volk zu beglücken. Man möchte alle die heiteren und ernsten Episoden seines Daseins, welche zu künstlerischer Einkleidung Anlaß geben, seine Leiden und Freuden kennen lernen; man möchte in das Gedankenleben und die Gewohnheiten, in die Neuerlichkeit und Innerlichkeit seiner Alltäglichkeit eindringen; man möchte mit den Persönlichkeiten, welche seinen Lebensweg kreuzten, mit seinen wenigen Feinden und vielen Freunden, die seine poetische Thätigkeit angeregt haben, bekannt werden; kurzum man möchte den Dichter, der als solcher unsere Liebe gewonnen, auch als Menschen von Fleisch und Blut unter Menschen wiederfinden, als den seelisch ferngezünden Verfasser einer ferngezünden Dichtung.

Diesen berechtigten Wunsch zu erfüllen, hat von den bisherigen Biographien des plattdeutschen Sängers und Erzählers keiner mit größerer Liebe und Begeisterung, mit unermüdlicherem Fleiß und veitlicher Gewissenhaftigkeit in der Quellenforschung angestrebt, als der durch seine litterarischen Arbeiten mannigfacher Art längst bekannte Sohn der alten Hansestadt an der Trave: Karl Theodor Gaedertz. Was dieser noch junge Gelehrte uns bisher schwarz auf weiß geliebert hat, sein Essay über „Gabriel Rollenhagen und seine Amantes amentes“, seine Arbeit über „Gebrüder Stern und Ristens Depositiōnspiel“, ferner die sorgfältig gesammelten: „Archivalischen Nachrichten über die Theaterzustände von Hildesheim, Lübeck und Lüneburg“ und vor allen anderen zahlreichen größeren und kleineren Schriften die ausgezeichnete, nach mühseliger Forscherarbeit erschöpfend gewordene zweibändige „Geschichte des niederdeutschen Schauspiels“, alles das verbürgt ihn uns als einen wirklichen Kenner niederdeutscher Sprache und Literatur. Diese Kenntniß, verbunden mit einem lebendigen Interesse für plattdeutsche Dichtung überhaupt, wie für diejenige des mecklenburgischen Volksdichters im Besonderen, macht Gaedertz, dessen Beziehungen zu allen noch lebenden Verwandten, Freunden und Bekannten Reuter's obendrein die denkbar günstigsten sind, zu einem unzweifelhaft competenten und seinem liebenswürdigen Unternehmen gewachsenen Biographen des verewigten Dichters.

Ein solcher zu werden, ist Gaedertz' Herzenswunsch. Wann er einmal dem auf dem Eisenacher Friedhofe Ruhenden den fertigen Kranz aufs Grab legen wird, läßt sich heute noch nicht sagen; die Blätter und Blüthen aber, die er schon jetzt einzeln oder zu kleinen Sträuschen gebunden austreut, um sie später harmonisch aneinander und ineinander zu reihen, geben uns die Gewißheit, daß dieser Kranz der Liebe und Verehrung ein duftiger, lebensfrischer, mit Bedacht, Erfahrung und empigem Fleiß gewundener sein wird. Gaedertz ist Reuters berufener Biograph; das haben seine vor fünf Jahren erschienenen „Fritz Reuter-Nekiquen“ bewiesen, das beweisen neuerdings seine soeben in die Öffentlichkeit gegebenen „Fritz Reuter-Studien“, beides Werke, welche den Zweck und den Erfolg einer

\* Karl Theodor Gaedertz: Fritz Reuter-Studien; Wismar 1890.

Affanirungsarbeiten in Neapel, welche nicht die geringste Grundlage haben". Da Imbriani sich in dieser Weise nicht wollte auseinander setzen, so entspann sich ein Wortgefecht, das mehr unterhaltend als passend war.

Imbriani sagte: "Und es ist doch wahr, daß die Affanirungs-Gesellschaft, welche überdies identisch ist mit den Unternehmern des Einheits-Paulooses und mit derjenigen, welche die Arbeitshäuser baut, die zusammenfüren und unsere Arbeiter umbringen." Präsident: "Abgeordneter Imbriani, Sie reden so von achtungswerten Personen." Imbriani: "Wenn man derart baut, ist man nicht achtungswert! Und ich wiederhole, daß von den 100 Millionen gut 60 unter verhältnis Speculanen werden verhöhlt werden!" Präs.: "Das ist eine Ansicht von Ihnen!" Imbriani: "Und ich protestiere lebhaft gegen den Widerspruch, welchen der Minister Crispi mir entgegenstellt wagt." Crispi (laut): "Es ist nicht wahr, was Sie sagen." Imbriani (noch lauter): "Es ist wahr!" Crispi: "Sie wissen nichts davon! Es ist nicht wahr!" Imbriani: "Es ist auch wahr, daß es Bau-Inspectoren mit 10—12000 lire giebt, welche dafür leisten, was jeder sehen kann."

Raum war dieser Zwischenfall erledigt, so sorgte Imbriani für einen neuen. Er interpellirte den Arbeiterminister über das Verhältnis einer Corporationsgesellschaft zu dem Präfector von Ravenna, den er als unbillig und als Aufreizer zu Unordnungen bezeichnete. Der Vorsitzende bemerkte, daß solche Bezeichnungen unzulässig seien und daß er dieselben im Protokoll unterdrücken werde. Imbriani antwortete: "Dazu haben Sie das Recht; aber wahr bleibt es doch." Gleich darauf fragte Imbriani den Justizminister, "über das System des Appelhofes in Apulien, welcher alle Sachverständigen-Gutachten dem Sohne eines Richters zum Schaden der anderen Sachverständigen überträgt. Der Vorsitzende, dem nun eben so wie der Kammer die Geduld auszugehen begann, warf ein, daß vergleichende Dinge schwerlich vor die Kammer gehörten, und der Ministerpräsident konnte sich nicht enthalten, auszurufen: "Es sind Beleidigungen!" "Thatsachen sind es!" schrie Imbriani. "Der Ministerpräsident hat nicht das Recht, mir Beleidigungen vorzumerken; ich werde durch Atenfälle beweisen, daß ich Thatsachen vorgebracht habe. Der Justizminister erklärte, er werde sich der Entscheidung der Kammer unterwerfen, könne aber auch nicht finden, daß vergleichende Erörterungen der Kammer würdig seien.

Imbriani: "Ich verlange vom Justizminister, den Alle den neuen Gato nennen, daß er auch als Gato handle und die Schulden bestrafe, wo sie sich finden." Vorsitzender: "Aber Sie vermuten doch nur, daß ein Schuß vorliege; dies haben Sie mit Ihrem Gewissen abzumachen, vor die Kammer gehören solche Dinge meines Erachtens nicht." Imbriani: "Wie können wir die Regierung kontrollieren, wenn wir unsere Beschwerden nicht vor die Kammer bringen dürfen? Dies ist unser Recht, und das Land hat das Recht, die Wahrheit zu erfahren!"

Die Erörterung wurde damit geschlossen, daß der Justizminister sich bereit erklärte, auf die Anfrage zu antworten, wenn die Reihe an sie komme.

## R u s s l a n d .

[Die Russifizierung der Ostseeprovinzen] geht, so wird der „Pol. Corresp.“ aus Petersburg geschrieben, unaufhaltsam ihren Gang. Die Dinge entwickeln sich aber doch nicht ganz so glatt, wie man es sich in St. Petersburg gedacht hatte. Von allen Seiten laufen an die obersten Behörden in der russischen Hauptstadt Klagen und Beschwerden ein, und zwar, was zu betonen ist, nicht nur von Seiten der einheimischen Bevölkerung, sondern in noch weiterem Umfang von den russischen Beamten, die dorthin versetzt wurden, um die Russifizierung zu beschleunigen. Ganz besonders gilt dies bezüglich der russischen Beamten in der Provinz Estland. Der Gouverneur dieser Provinz, Fürst Schachowskoi, hatte nämlich zur Durchführung der verschiedenen Reformen eine bedeutende Anzahl von tüchtigen Beamten aus verschiedenen Städten im Innern Russlands eingeladen, Posten in Revel anzunehmen, indem er dieselben versicherte, das Leben daselbst wäre ungemein wohlfeil, und daß es ihnen sehr leicht sein würde, mit der eingeborenen Bevölkerung zu verkehren, indem fast alle Bauern in dieser Provinz russisch verstehen und sprechen. Gleichzeitig glaubte aber Fürst Schachowskoi

diese Beamten vor dem Adel und den Literaten Livlands warnen zu müssen, da die Angehörigen dieser beiden Stände sich ihnen gegenüber feindlich verhalten werden und auch kein Wort russisch verstehen. Die russischen Beamten, die in Folge dessen nach Estland kamen, erfuhren jedoch bald genug, daß der Herr Gouverneur die Verhältnisse in dieser Provinz keineswegs in zutreffender Weise gekennzeichnet hatte. Einerseits zeigte es sich nämlich, daß die Bauern durchaus kein Russisch verstehen, so daß der Verkehr mit denselben die größten Schwierigkeiten darbietet. Andererseits kamen die gebildeten Stände der Provinz den neuen russischen Beamten freundlich entgegen, und zwar schon aus Rücksicht auf die moralische, sowie materiell peinliche Stellung dieser Beamten. Die letzteren, die im Innern Russlands, wo alle Lebensbedürfnisse noch immer sehr wohlfeil sind, eine recht angenehme Existenz geführt hatten, können in den völlig anders gearteten Verhältnissen Revels, wo das Leben nahezu ebenso theuer ist, wie in St. Petersburg und Moskau, nur ein kümmerliches Dasein fristen, da ihre Gehalte kaum für ihre eigenen persönlichen Bedürfnisse hinreichen, geschweige denn für diejenigen ihrer Familien, die sie vorläufig in den Provinzstädten im Innern Russlands zurückgelassen hatten.

## B u l g a r i e n .

[Ueber die Beziehungen Russlands zu Bulgarien] wird der „N. Fr. Pr.“ aus Sofia berichtet: Der neueste Schritt, den Russland gegen Bulgarien unternommen hat, mußte hier natürlich großes Interesse erregen, aber der Verlauf, den die Sache nimmt, hat den günstigsten Eindruck gemacht und die hier herrschende Überzeugung verschärft, daß Russland ebensowohl wie in der Paniza-Affaire sich auch diesmal schlecht unterrichtet über die bulgarischen Verhältnisse zeigte und daher seine politischen Maßnahmen auf die falschen Nachrichten seiner bezahlten Emissäre in falscher Richtung unternommen. Die Schuld, deren Bezahlung Russland beansprucht, gründet sich auf die Berechnung, die Russland bezüglich der Occupations-Kosten machte und deren Nichtigkeit der Berliner Congress anerkannt hat. Die Höhe dieser Schuld beträgt 10 618 250 Papier-Rubel und 43 Kopeken. Am 16./28. Juni 1883 wurde zwischen Zankow und Herrn von Giers eine Convention bezüglich der Rückzahlung geschlossen. Im selben Jahre wurden 400 000 Rubel getilgt und vereinbart, daß in den folgenden Jahren bis zur Tilgung der Schuld je zwei Raten von 400 000 Rubeln zum Tagescourse am 1. Januar und 1. Juli gezahlt werden sollen. Bis zum Jahre 1886 erfolgte anstandslos die Bezahlung. Fürst Donduktow-Korsakow hatte, als die Frage der Rückzahlung der Occupations-Kosten auftrat, der bulgarischen Regierung mitgeteilt, daß Zar Alexander II. seiner Regierung die Verpflichtung auferlegt habe, die von Bulgarien und Rumelien rückgezahlten Beträge nur zu Ameliorirungs- und Culturzwecken in Bulgarien zu verwenden. Im Hinblide auf dieses Versprechen machte Staatsrat Tomini auch dem Fürsten Alexander I. Namens der russischen Regierung den Antrag, aus diesen Rückzahlungen 4 bis 5 Millionen Francs zum Baue von Schlössern in seinem Lande anzunehmen; ein Antrag, den der Battenberger ablehnte. Der damalige Abgeordnete Rathovits machte den Vorschlag, mit Russland wegen Rückzahlung der Schuld im Ganzen in Verhandlung zu treten. Die russischen Vertreter hielten sich aber damals an das Versprechen Alexanders II. und gingen auf die Idee nicht ein. Im Jahre 1886 verbot der Zar die Annahme der fälligen Raten, weil er die Regierung in Bulgarien nicht für gesetzlich berechtigt anerkannte, Zahlungen zu leisten, und weil er es offenbar nicht für möglich hielt, unter den geänderten Verhältnissen das Versprechen seines Vaters zu halten.

Die Angelegenheit ruhte nun, bis am 21. d. General-Consul-Legationsrat Herr v. Wangenheim die folgende Note überreichte:

Kaiserlich deutsches General-Consulat für Bulgarien.

Sofia, 20. Februar 1890.  
Der Unterzeichnete, Gerent des General-Consulats von Deutschland, betraut mit dem Schutze der russischen Interessen in Bulgarien, hat die

Ehre, Sr. Excellenz dem Herrn Dr. Stransky, Minister des Außenwesens Bulgarien, die folgende Mittheilung zu machen: Die russische Regierung hat unter dem 13. Februar 1. S. an die deutsche Regierung das Eruchen gerichtet, durch Vermittelung und für russische Rechnung die Raten einzufordern, welche entsprechend der Convention vom 16./28. Juni 1883, für die Zahlung der Kosten der Occupation des Fürstentums durch russische Truppen bis zum heutigen Tage fällig sind. Die russische Regierung stellt folgende Rechnung auf: In der obenerwähnten Convention hat sich die bulgarische Regierung verpflichtet, an Russland die Summe von 10 618 250 Rubeln und 43 Kopeken zu bezahlen. Die Tilgung dieser Schuld sollte durch jährliche Zahlung von 800 000 Rubeln in halbjährigen Raten zu 400 000 Rubeln erfolgen. Die ersten 400 000 Rubel sollten am 1./13. September 1883 bezahlt werden und die späteren Theilzahlungen am 1./13. Januar und 1./13. Juli jeden Jahres stattfinden. Da die leichte Zahlung von Seiten Bulgariens am 22. Juli 1885 erfolgte, so fordert die russische Regierung gegenwärtig: für den 1./13. Januar 1886, für den 1./13. Juli 1886, für den 1./13. Januar 1887, für den 1./13. Juli 1887, für den 1./13. Januar 1888, für den 1./13. Juli 1888, für den 1./13. Januar 1890, zusammen 3 600 000 Rubel. Außerdem verlangt das russische Kriegsministerium von der bulgarischen Regierung die Summe von 572 988 Rubeln 97 Kopeken für Waffen und Munition, die zu verschiedenen Zeiten und auf Verlangen der bulgarischen Regierung der bulgarischen Armee geliefert wurden. Der Unterzeichnete hat auf Befehl seiner Regierung die Ehre, Sr. Excellenz dem Minister des Außenwesens zu bitten, ihm zu wissen zu machen, in welcher Weise die bulgarische Regierung die Zahlung der geforderten Summe, ob zur Hand des Unterzeichneten oder durch Vermittelung einer Berliner Bank oder auf welche Weise sonst zu leisten gedenkt.

Der Unterzeichnete benützt die Gelegenheit, um Sr. Excellenz Herrn Dr. Stransky die Sicherung seiner Hochachtung zu wiederholen.

(Ges.) Wangenheim.

Die Regierung hat nun ihre Beschlüsse gefaßt. Die Bezahlung der Schuld an Russland wird erfolgen. In den hiesigen Regierungskreisen ist man überzeugt, daß Russland glaubte, Bulgarien eine große Verlegenheit zu bereiten, weil es die seinerzeitige Angabe des Ministers des Außenwesens für unwahr hielt, daß das Geld für die fälligen Raten bereit liege. In Wahrheit hat die Regierung im Augenblick in der Bank mehr als 20 Millionen Francs verfügbar. Allgemein wird ja, und zwar sehr freudig, hervorgehoben, daß Russland, welches bisher die Regierung nicht als berechtigt anerkannt, Zahlungen zu leisten und über das Landesvermögen zu verfügen, dies nun thut. Hierin liege jedenfalls ein so großer Vortheil für Bulgarien, daß es auf die Ausführung des Versprechens Alexanders II., für das ohnehin ein schriftliches Instrument nicht vorliege, verzichten könnte. Die Regierung beschloß demnach einstimmig, die Zahlung zu leisten, und zwar, wie dies in der Convention vorhergesetzt ist, zum Tagescourse des Rubels an dem jeweiligen Tage der fälligen Termine. Nachdem in den letzten Jahren der Rubelkurs viel niedriger war, als heute, und nachdem tatsächlich die Declination für das Geld durch die rechtzeitigen Maßnahmen der Regierung erfolgte, wird Russland bei der Tilgung der Schuld an den jeweiligen Tagen der fälligen Termine. Nachdem die Regierung sich einen ziemlich ansehnlichen Coursverlust gefallen lassen müssen. In den Kreisen der Regierung erwartet man, daß ihre Beschlüsse sowohl wie die ganze Entwicklung der Angelegenheit einen günstigen Eindruck machen und einen Beweis für die Stabilitätirung der Verhältnisse geben werden.

## Provinzial-Befestigung.

Breslau, 26. Februar.

Bei der bevorstehenden Stichwahl haben in Breslau-Ost nur die aus den Namen v. Seydelwitz und Tugauer, in Breslau-West nur die auf den Namen Bollrat und Kühn lautenden Stimmentzettel Gültigkeit. Alle andren Bettel sind ungültig. Für die einzelnen Bezirke bleiben dieselben Wahllokale bestehen.

Nach dem gestern veröffentlichten amtlich festgestellten Ergebnis der Wahl am 20. d. Mts. haben, abgesehen von den zerplitterten Stimmen, im Osten die nicht sozialistischen Parteien zusammen 13 635 Stimmen aufgebracht gegen 9992 sozialistische Stimmen;

immer helleren Lichtausbreitung über das Leben und den Charakter des volksbeliebten Humoristen und über den Zusammenhang seiner Werke mit beider haben.

Die neuen „Reuter-Studien“ zerfallen in sechs Abschnitte. In dem ersten haben wir den jungen Burschenschafter von Jena vor uns, aber den Gaeders und in seinen Reliquien schon manches Neue mitzuteilen wußte. Im vorliegenden Werke zeigt er ihn uns während seines Aufenthalts in Hamburg, wo sich der junge Reuter auf der Flucht aus der Münsterstadt vorübergehend niedergelassen hatte. Dort sahen wir den Studenten der Jurisprudenz zum ersten Male als Poeten und freibaren Schriftsteller wider den eingebildeten Reim-schmid und Rechtsgelehrten Christian Friedrich Würzler auftreten, diesen durch eine treffende Kritik in ungebundener Rede, wie durch ein „Der Riese Goliath“ betiteltes satirisches Gedicht abführend. Beide im „Hamburger Wochenblatt für alle Stände“ veröffentlichte Artikel Reuters ist Gaeders im Stande wörtlich mitzuhören. Den Sachverhalt dieses Litteraturstreits erläutert er nach persönlicher Einziehung genauer Erduldungen.

Bieten schon diese Mitteilungen des Interessanten gar viel, so mächtig unsere Aufmerksamkeit bei den uns vom Verfasser vorgelegten wichtigen Auszügen aus den „Acta des königlichen Polizei-Präfektur zu Berlin, betreffend die polizeilichen Vernehmungen des Studiosus iuris Heinrich Ludwig Christian Friedrich Reuter aus Stammhagen in Mecklenburg-Schwerin: wegen seiner Mitgliedschaft von und an der geheimen Burschenschaft „Germania“ in Jena“. Gaeders hat diese Acten einzusehen Gelegenheit gehabt, aus deren Protokollen das Bewußtsein der Schuldlosigkeit seitens des Angeklagten deutlich hervorgeht. „Mit dieser Idee einer zu hoffenden Repräsentativ- oder konstitutionellen Verfassung in Deutschland — so schließt das Glaubens-bekenntnis des vermeintlichen Demagogen, ausgerüstet, hielt ich mich von allen revolutionären Meinungen gänzlich fern.“ Zur Ergänzung jener Leidensgeschichte, die nur ein welt- und menschenfreundliches Herz, wie Reuter es im Bußen trug, vergessen, ja! humorvoll beschönigen konnte, weiß Gaeders noch eine Reihe verbürgter Erzählungen hinzuzufügen, um den Abschnitt mit der Charakterisierung seines Lieblings als bemoostes Haupt zu schließen, das sich trotz der bitteren Erfahrungen der jenenser Burschenzeit noch in späten Jahren mit Freuden erinnerte.

Der zweite von Gaeders mit großer Sorgfalt ausgearbeitete Abschnitt behandelt Reuters literarisches Verhältnis zu Anna Mariett Schult, der talentvollen, aber unglücklichen, zeitweise geisteskranken Gattin seines Freundes und Leidensgefährten auf der Festung Silberberg, des Kreisrichters Ferdinand Butzenow zu Greifswald, mit welchem der Dichter zufällig wieder zusammengeführt wurde, als er zu Tropston an der Tollense die Redaktion des „Unterhaltungsblatts für beide Mecklenburg und Pommern“ leitete. Ein ausgiebig mitgetheilter Briefwechsel zwischen den beiden alten Freunden zeigt uns Reuter in seiner ganzen großen Menschenliebe, wie er, trotz Überbürdung durch andere Arbeiten und trotz der wegen der Angelegenheit eingerichteten Anfeindungen, niemals müde wurde, dem Talente der Gattin seines

Freundes durch Überarbeitung und Herausgabe ihrer Gedichte, deren Gaeders eine ganze Anzahl mittheilt, die Wege zu ebnen. Manches anderes für die Entwicklung des Dichters Bedeutsame ist dem Abschnitt eingeflochten, darunter der Nachweis, wie sein Talent schon zu jener Zeit die Aufmerksamkeit weitester Kreise, so diejenige der sprachverwandten Blamländer — Reuter hatte damals „de Reis na Belligen“ herausgegeben — erregt hatte. Bei dieser Gelegenheit mag hier ein Beispiel von der Unermüdblichkeit Gaeders, als des forschenden Biographen, von der Mühseligkeit seiner Arbeit eine Vorstellung geben. Reuter hatte eine an ihn ergangene Einladung für den 15. und 16. August 1856 zum Niederländischen Sprach- und Litteraturcongres wegen „Geldbeuteschwund“ ablehnen müssen und in seinem Danckschreiben, wie aus den Protokollen des Congresses andeutungsweise hervorgehen sollte, der Hoffnung Raum gegeben, daß das Niederdeutsche sich auch über Norddeutschland hinaus ausbreite. Der Brief wird demnach weitere Ausschreibungen des Dichters über diesen wichtigen Punkt enthalten haben; und darum hat Gaeders keine Mühe gescheut, ihm, wie so manchem verstreuten Actenstück, auf die Spur zu kommen. In Antwerpen hostete er das Schreiben auf der Stadtbibliothek zu finden; aber umsonst! Dort standen wohl die von Reuter dem Congres geschenkten Exemplare seiner Werke, auch die Acten aller möglichen früheren oder späteren Sprach- und Kunstdcongresse, aber: „die gewünschten von 1856 fehlten. Wer war damals Bibliothekar gewesen? — Mertens. — Todt! Wo steht sein Nachlaß? Beim Schwiegerson, Professor von Beers. Derselbe konnte mir nicht direct dienen, aber gab mir einen anderen an Mertens persönlich gerichteten Brief Reuters. — Wer veröffentlichte den Congresbericht? — Van der Voort. — Auch gestorben! Seine literarischen Schäfe und Bücher waren zu Brüssel verkauft, aber nicht en bloc. Die dortige Königliche Bibliothek war nicht Käuferin.“ Nun fragte Gaeders weiter: Wie hießen die Congrespräsidenten? Von dreien waren zwei am Leben, aber keiner von Beiden konnte dem Suchenden Auskunft über den Verbleib der Congrespapiere geben. Bezuglich des dritten verstorbenen Präsidenten schrieb Gaeders' Gönner van der Haeghen, die Frau desselben erinnert sich des Reuter'schen Briefes nicht, die Congresdocumente aber seien, wie er erfahren, in der Bibliothek zu Antwerpen untergebracht. Gaeders stand also wieder am Ausgangspunkte seiner Nachforschungen, die er nochmals schriftlich wiederholte, aber gleichfalls erfolglos. Der gefüllte Brief war und blieb verloren, wie die auf seine Herbeischaffung verwandte Zeit und Mühe des Forschers. Zwar hat Gaeders bei anderen Gelegenheiten sich oft genug größeren Glücks zu erfreuen gehabt, aber gleichwohl sind ähnliche Fälle häufig, und Ausdauer gehörte genug dazu, um das wertvolle Material herbeizuschaffen, mit dem der Verfasser uns in diesem und den folgenden Abschnitten überrascht.

Und aus diesen warmherzigen Freundekreisen führt der Verfasser uns in die Villa des Dichters zu Eisenach. Die Witwe, Louising, geleitet uns in ihr eigenes Gemach, das einer Kapelle ähnliche Eckzimmer. Dort lag Reuters Leiche aufgebahrt; dort steht die Marmorbüste des Verstorbenen, über deren Anfertigung durch Meister Bernhard Asinger's Hand, der bei dieser Gelegenheit mit dem Hause Reuter in enge Beziehungen trat, uns Gaeders im letzten Abschnitte Ausführliches zu erzählen weiß. Dort auch zwischen unzähligen kostbaren Reliquien liegt das „Hausbuch“, ein prächtiges Geschenk des Freiherrn Gisbert v. Winck und dessen Gattin Uta, verschlossen. Louising reicht es unserem Führer, und dieser, in dem Buche bereits heimisch, schlägt es auf und zeigt uns, was hohe und berühmte Freunde des freundlichen Chepaars diesem als schriftliches Andenken hinterlassen haben: der Großherzog und Schlossherr der Warburg dem „Nachbar im Thale“, daneben des lebenslänglichen Fürsten Schloßhauptmann v. Arnswald und dann alle die Ritter vom Geist, Geheimrath Carl Witte, der Dantesforscher, Wackernagel, der Litterarhistoriker, Gustav zu Putlitz, Friedrich Spielhagen und wie sie alle heißen, die hier Erquickung fanden im lausigen Dichterheim. Ein reizvolles Capitel!

Aber reizvoll sind sie ja alle, diese sechs neuen Capitel über das reiche Leben des Dichters, zu denen der Forcher den Stoff mühsam zusammengetragen und gesichtet, voll warmer Liebe zur Sache das Gesichtete in flüssigem Sprachgold zur Darstellung gebracht hat. Alles in Allem! Gaeders ist auf der richtigen Bahn, dem großen Dichter auch als dem guten Menschen zum geeigneten Andenken ein Mal zu segnen, das kein späterer Biograph Reuters wird übersehen dürfen.

Georg Hoffmann.

on den 32 119 Wahlberechtigten des Bezirks sind 8 269 nicht zur Wahl erschienen; im Westen haben die nichtsozialistischen Parteien zusammen 13 254 Stimmen aufgebracht gegen 11 459 sozialistische Stimmen; von den 33 681 Wahlberechtigten des Bezirks sind 8 938 nicht zur Wahl erschienen. In beiden Bezirken sind also 17 207 Wähler zu zählen, die am 20. Februar ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben.

Wenn es richtig ist, was vielfach behauptet wird, daß die Sozialdemokraten am 20. Februar, weil sie gleich im ersten Rennen den Sieg zu erringen hofften, ihren letzten Mann aufgeboten haben sollen, so darf man annehmen, daß wenigstens die erdrückende Mehrheit jener 17 207 Wähler den nichtsozialistischen Parteien zuzurechnen sind. Aus den Reihen dieser Wähler wird also die Agitation für die Stichwahl den nichtsozialistischen Kandidaten einen erheblichen Zuwachs zu führen können und müssen. Möge es gelingen, recht viel von den 17 000 Säumigen mit Erfolg an ihre Pflicht zu erinnern, die sie zwingt, in dem jetzt zum Ausstrag gelangenden Kampfe gegen die Sozialdemokratie für die bestehende staatliche Ordnung Zeugnis abzulegen!

Die Centrumsleitung für Schlesien hat beschlossen, in den Wahlkreisen Walzenburg, Löwenberg, Bunzlau-Lüben, Niemtsch-Orlau-Strehlen, Sagan-Sprottau für die in der Stichwahl stehenden Kandidaten der freisinnigen Partei einzutreten.

Von geschäfster Seite wird uns geschrieben: „Bei der letzten Reichstagswahl hat sich wiederum gezeigt, daß die Wahlvorsteher in verschiedenen Bezirken gegenüber gewissen, immer wiederkehrenden Vorkommen ein verschiedenes Verfahren beobachten. Insbesondere gilt dies von dem Falle, daß bei Eröffnung der Wahlzettel sich zwei in einander gefaltete Zettel befinden. Der eine Wahlvorsteher erklärt alsdann beide Zettel für ungültig, ein zweiter erklärt beide Zettel für gültig und ein dritter erklärt den einen Zettel für gültig und läßt den zweiten unberücksichtigt. Der erste Wahlvorsteher erblickt in der Abgabe zweier Zettel den Versuch eines Betruges, er will diesen Versuch bestrafen und hofft davon die Wirkung, daß derartige Versuche künftig unterbleiben werden. Wir halten dieses Verfahren für ungesehenswert. Die betrügerische Absicht ist nicht nur nicht nachweisbar, sondern auch unwahrscheinlich, da der Versuch jedenfalls entdeckt wird. Viel wahrscheinlicher beruht die Abgabe zweier Zettel auf einem Versehen, indem der Wähler am Eingange des Wahllokals aus Versehen zwei Zettel erhalten und in gutem Glauben abgegeben hat. Dem Wahlvorsteher steht auch keine Strafgewalt zu, und er ist nicht berechtigt, einem Wähler sein Wahlrecht zu entziehen, lediglich um eines bloßen Verbotes willen. Eine Wirkung erzielt übrigens eine derartige Bestrafung schon deshalb nicht, weil der betreffende Wähler in den meisten Fällen nichts davon erfährt. Der zweite Wahlvorsteher handelt gesetzlich zweifellos richtig, denn nach dem Gesetz ist jeder in der Wahlurne befindliche Zettel gültig, sofern er nicht aus den im § 19 des Wahlreglements angeführten Gründen für ungültig erklärt werden muß. Allein dieses Verfahren ergibt eine größere Zahl von Zetteln als die Zahl der Stimmenden beträgt und führt dadurch zu Weitläufigkeiten, ohne irgend welchen praktischen Erfolg. Wir halten deshalb das Verfahren des dritten Wahlvorsteher, welcher dem Wähler sein Wahlrecht in dem gesetzlichen Umfange erhält und der Billigkeit entspricht, für das zweckmäßigste und wünschen eine gleichmäßige Anwendung desselben bei der bevorstehenden Stichwahl. Das beste Mittel gegen die Abgabe doppelter Wahlzettel besteht jedesfalls darin, daß der Wahlvorsteher bei derselben vorsichtig prüft. Zumeilen werden auch Wahlzettel für ungültig erklärt, auf welchen der gedruckte Name durchstrichen und dafür ein anderer geschrieben ist, sowie solche Zettel, welche außer dem Namen irgend eine Bemerkung, einen harmlosen Scherz oder dergl. enthalten. Nach dem Gesetz sind die Zettel in beiden Fällen gültig, sofern sie nicht außerdem aus einem im § 19 des Wahl-Reglements angeführten Grunde für ungültig erklärt werden müssen.“

#### Statistische Nachweisung über die in der Woche vom 9. Februar bis 15. Februar 1890 stattgehabten Sterblichkeits-Vorgänge.

Namen der Städte.	Großbürger per Jahr auf 1000 Einwohner	Befürchtung pro Jahr auf 1000 Einwohner	Namen der Städte.	Großbürger per Jahr auf 1000 Einwohner	Befürchtung pro Jahr auf 1000 Einwohner	Namen der Städte.	Großbürger per Jahr auf 1000 Einwohner	Befürchtung pro Jahr auf 1000 Einwohner
London ...	4 422	21,3	Leipzig ...	287	24,8	Braun- sweig ...	94	17,1
Paris ...	2 261	26,5	Dresden ...	269	24,5	Halle a. S. ...	92	23,8
Berlin ...	1 492	22,8	Köln ...	267	22,7	Dortmund ...	89	15,7
Petersburg	978	30,6	Brüssel ...	183	24,1	Eisen ...	73	32,0
Wien ...	822	26,3	Magdeburg ...	180	25,1	Posen ...	71	28,7
Hamburg ...	523	25,3	Frankfurt ...	171	22,5	Görlitz ...	61	20,6
incl. Vororte	463	31,3	am Main ...	161	29,5	Würzburg ...	59	31,9
Budapest ...	446	28,3	Königsberg ...	157	—	Frankfurt ...	57	24,7
Wrocław ...	410	31,5	Benedig ...	—	a. d. Oder	53	32,2	
Breslau ...	324	26,6	Dresden ...	125	31,1	Duisburg ...	51	23,7
Prag und Vororte ...	304	29,4	Danzig ...	121	33,6	München ...	49	29,7
München ...	291	39,1	Stettin ...	107	31,7	Gladbach ...	—	—

\* mit den Stadtgemeinden Deutz und Ehrenfeld und sieben verschiedenen Landgemeinden.

\* Die Freisinnungen im Breslauer Landkreise werden ersucht, bei der Stichwahl für Herrn von Huene zu stimmen, da in verschiedenen schlesischen Wahlkreisen von Seiten des Centrums schätzbare Gegenleistungen geboten werden.

\* Vom Stadttheater. Herr Albrecht Matkowsky feiert sein Gastspiel am Freitag, 28. Februar, als Karl Moor in Schiller's "Räuber" fort. Hierzu tritt der Künstler nur noch einmal auf.

\* **Assemblée.** Der commandirende General des VI. Armeecorps, General der Artillerie von Lewinski veranstaltet heute eine der großen offiziellen Assemblées, von denen in früheren Jahren in jedem Winter zwei stattfanden. Es sind etwa 700 Einladungen ergangen. Ob General von Lewinski seine Gäste selbst wird empfangen können, hängt von der Sitzung des Staatsräths ab, welcher der General bewohnt.

\* **Militärisches.** Der Kaiser hat mittels Bestellung vom 8. M. den Gouvernements-Auditeur von Neh, Justizrat Peuker, beauftragt mit Wahrnehmung der Geschäfte des Ober- und Corps-Auditeurs des 6. Armee-Corps, zum Ober- und Corps-Auditeur ernannt und ihm die Corps-Auditeurstelle des 6. Armee-Corps nunmehr definitiv übertragen. Gleichzeitig ist Justizrat Peuker mit Wahrnehmung der Garnison-Auditeur-Geschäfte beim hiesigen Commandanturgericht beauftragt worden.

\* In dem Vortrag-Cyclus des Kindergarten-Vereins wird Freitag, 28. d. M., der sechste Vortrag stattfinden. Redakteur Vollath wird über „Schein und Wirklichkeit auf der Bühne“ sprechen.

-d. Von der hiesigen Ober-Realschule. Am 25. d. M. fand die Abiturienten-Prüfung an der hiesigen Ober-Realschule statt. 2 Ober-Prinzipal, welche sich der Prüfung unterzogen, erhielten das Bezeugnis der Reife. Den Vorfall in der Prüfung führte Director Dr. Frieder; die städtischen Behörden waren durch Stadtrath Schmoll vertreten. - Am 8. März werden 5 Abiturienten der chemischen Fachklasse, am 17. und 18. März 18 Schüler der maschinentechnischen Fachabteilung, und am 26., 27. und 28. März cr. 31 Abiturienten der Baugewerbeschule geprüft werden.

F. G. Zweiter Vortragsabend der Recitatorin Olga Morgenstern. Die an diesem Abende gebotenen Leistungen der trefflichen Recitatorin haben unser am Sonnabend gewonnenes günstiges Urtheil über sie durchweg bestätigt. Das diesmal hauptsächlich für die Kinderwelt berechnete Programm war ebenso zweckentsprechend, wie reichhaltig und schön. Neben älteren Märchendichtern, wie Hauff und Anderen, die längst einen festen Platz in den Herzen unserer Kleinen haben, kamen auch neuere, wie Baumhau und Leander, zur Geltung. Fräulein Morgenstern erwies sich, besonders überall da, wo der Dichter seinen Humor spielen läßt, als Märchenerzählerin von gemüthvoller Wärme und liebenswürdigster Fröhlichkeit. Sicherlich hat jeder ihrer Hörer, selbst jeder Erwachsene, beim Vortrag des allerliebsten Märchens „Der Schweinehirt“ von Andersen, das ihm in den Tagen der Kindheit lieb gewesen, aber vielleicht längst vergessen war, ein inniges Begegnen und eine reine kindliche Freude empfunden. Auch die drollige dramatische Scene „Der Herr von Klaps“, deren Vortrag in der feinen Abtonung der kindlichen Stimmen und Stimmungen wirklich meisterhaft genannt zu werden verdient, fand den ungefehltesten Beifall bei dem großen und kleinen Publikum; nicht minder die komische Ballade „Mäusehochzeit“ von Julius Wolff, der „Fiedelbogen des Reck“ von Rudolf Baumhau und das „Märchen von der Prinzessin, die keine Pfefferküsse backen konnte“ von Richard Leander.

H. Vorschussverein zu Breslau, eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht. Mit dem Ablauf des Jahres 1889 hat der Vorschussverein zu Breslau das 30. Jahr seiner Thätigkeit zurückgelegt. Die Verwaltung macht in ihrem Bericht über das verflossene Jahr auf die Bedeutung aufmerksam, welche das am 1. Oktober 1889 in Kraft getretene Reichsgesetz, betreffend die Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften, für die deutschen Genossenschaften habe. Das Gesetz sei bestrebt, die Genossen zu schützen, ohne die Sicherheit der Gläubiger zu beeinträchtigen, und werde dazu beitragen, dem Genossenschaftswesen einen neuen Aufschwung zu geben. Die wesentliche Verbesserung des neuen Gesetzes liege in der Bulaßung von Genossenschaften mit beschränkter Haftpflicht. Manche tüchtige wirtschaftliche Kraft habe sich durch die Solidarität und die Möglichkeit des gefährlichen Einzelangriffs von dem Beitreten zu einer Genossenschaft abschrecken lassen, da der Einsatz, den jeder einzelne Genosse leiste, in keinem Verhältnis zu dem Nutzen stehe, den er aus seiner Zugehörigkeit zur Genossenschaft ziebe. Die beschränkte Haftpflicht empfiehlt sich für diejenigen Genossenschaften, die ein größeres Vermögen besitzen und Credit nur in geringem Umfange in Anspruch nehmen. In dieser Lage befindet sich auch der Vorichthusverein zu Breslau, so daß dessen Umwandlung in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht von der Generalversammlung beschlossen werden konnte. Diese Umwandlung tritt im Jahre 1890, nach Ablauf des Sperrjahrs, in Kraft. Der Unterschied zwischen der bisherigen unbeschränkten Haftpflicht und der beschränkten Haftpflicht besteht darin, daß das Mitglied einer Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft mit seinem ganzen Vermögen, das Mitglied einer Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht dagegen nur bis zu einem bestimmten Betrage haftet, über welchen hinaus er niemals in Anspruch genommen werden kann. Die Verwaltung erwartet, daß der Übergang zur beschränkten Haftpflicht dem Vereine neue tüchtige Mitglieder in größerer Zahl zu führen und sich in Folge dessen der Umfang des Geschäfts noch erweitern wird. - Die deutsche Genossenschaftsbewegung ist auch im abgelaufenen Jahre in ihrer Entwicklung fortgeschritten. Nach dem Jahresbericht für 1888 sind der Anwaltsschaft 5950 Genossenschaften bekannt geworden. Darunter befinden sich 2988 Creditgenossenschaften, 2174 Genossenschaften in einzelnen Gewerbszweigen, 760 Consumvereine und 28 Baugenossenschaften. - Was die Verhältnisse des hiesigen Vereins im Jahre 1889 anlangt, so geht der Bericht des schweren Verlustes, den den Verein durch das Ableben des Directors W. Riemann erlitten. Der Vorstand ist durch die Wahl des Kaufmanns Conrad Neugebauer ergänzt worden, welcher sein Amt am 1. Januar c. angetreten hat. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des vergangenen Jahres 2367. Neue Vorschüsse wurden gewährt: im Vorichthus-Wechsel-Berkehr 3 318, 185, 10 M., im Disconto-Wechsel-Berkehr 2 606, 696, 48 M. und im Conto-Corrent-Berkehr 1 993, 049, 25 Mark. Dazu treten noch Vorschüsse von 3 294, 695, 90 Mark, welche am 1. Januar 1889 noch ausstehen. Rückzahlungen wurden geleistet: im Vorichthus-Wechsel-Berkehr 3 355, 636, 54 M., im Disconto-Wechsel-Berkehr 5 920 000, 16 Mark, im Conto-Corrent-Berkehr 2 613, 772, 20 Mark und im Lombard-Berkehr 1 501, 813 M. Zu Ende 1889 standen noch aus Vorschüsse in der Gesamtsumme von 3 023, 654, 06 Mark. Hypotheken bestehen der Verein im Gesamtwerthe von 88 600 Mark. Auf Conto Dubio verblichen am Jahresende 580, 96 M. Das Mitgliedergegenstand beziffert sich auf 629 987, 69 M. Der Reservefonds I betrug 110 962, 60 M., der Reservefonds II 20 268, 53 M. Die Summe der Spareinlagen betrug am Schlusse des Jahres 2 266 693, 30 M. Auf Depositen-Conto blieben am 1. Januar c. noch 181 520, 96 M. auf Conto pro Diverse noch 40 485, 24 Mark zu begleichen. Der Zinsenüberschuß betrug 82 805, 27 Mark. Nach Abzug der Gehälter und sonstigen Geschäftskosten verbleibt ein Reinewinn von 41 412, 86 M., wovon u. a. 35 624, 34 M. zur Zahlung einer Dividende von 6 % Procent verwendet, 2297, 05 M. dem Reservefonds I und 1731, 47 M. dem Reservefonds II überwiesen werden sollen. Der gesamte Kassenfluss bezifferte sich im verflossenen Jahre auf 90 292 693 Mark.

-d. Breslauer Gewerbeverein. In der letzten Versammlung gab der Marine-Offizier a. D. M. Klappert in den angekündigten „Reiseflügen“ zunächst eine Schildderung von der „Linentaupe“, welcher sich alle diejenigen Mannschaften eines Schiffes unterziehen müssen, welche zum ersten Male den Äquator passieren. Daran knüpft sich die Beschreibung eines Gesetzes, welches das deutsche Kriegsschiff „Victoria“ im März 1881 mit den Kruegern an der westafrikanischen Küste zu bestehen hatte. Endlich machte der Vortragende mit seinen Zuhörern einen interessanten Gang durch die chinesische Millionenstadt Canton und zeigte eine Reihe hübscher chinesischer Industrieartikel, sowie zahlreiche Photographien vor, die er auf seinen 12jährigen Reisen gesammelt. Generalagent Schneide legte einen Patent-Hand-Feuerlöscher von P. Schnell vor und schickte ihn als besonders praktisch zur Bekämpfung entstehender Hausbrände. Kaufmann P. Niedermann lenkte die Aufmerksamkeit der Anwesenden auf die von ihm vorgelegten Arbeit-Kleidungsstücke, welche sich besonders für Arbeiter in Gießereien, an Cuppold und Hochöfen, sowie überhaupt für alle Arbeiter eignen, welche in ihrer Beschäftigung größerer Hitze oder directem Feuer ausgesetzt sind. Ingenieur Adomeit führte einige technische Neuheiten aus der Eisenwaren- und Maschinenhandlung von Schlawe hierher vor, und zwar einen Umlaufzähler für Wellen, in Taschenformat und an jeder Drehachse leicht ansetzbar, ferner einen Rohrhalter (englisches Patent), welcher zum einfachen und sicheren Festhalten von Röhren während ihrer Bearbeitung dient und endlich eine Lötlampe, sog. Flammenstrahl-Lampe, welche nicht nur in veränderten Gewerben, sondern auch in Laboratorien, zum Experimentieren in Studioräumen, zum Aufstauen von Gas- und Wasserleitungsröhren usw. dient. Dieselbe wurde in Thätigkeit gesetzt und erregte großes Interesse. Zum Schlus legte Kaufmann Standfuß noch eine Anzahl von Handwerkszeugen, wie Federzirkel, Borscheider, Spiraloher, Feilehnen aus Papier usw., vor und gab die nötigen Erläuterungen dazu.

H. Pfennig-Verein zur Unterstüzung armer Schulkinder. Zu der am 24. d. M. Nachmittags 4 Uhr, im Fürstenstaale des Rathauses stattgefundenen Generalversammlung des Vereins waren die Mitglieder durch Bekanntmachung in den hiesigen Zeitungen eingeladen worden. Die Versammlung wurde durch den Vorsitzenden, Bürgermeister Dickebusch, eröffnet und geleitet. Erster Punkt der Tagesordnung war die Neuwahl des Vorstandes für die Zeit vom Februar d. J. bis dahin 1893. Es wurden in denselben wieder bzw. neu gewählt: Frau Dr. Ach, Bürgermeister Dickebusch, Frau Professor Epstein, die Rectoren Hackenberg und Hertel, Frau Dr. Honigmann, Rector Kirch, Frau Mallison, Stadtschulrat Dr. Pfundtner und Frau Kaufmann Stern. - In Folge gegebener Anregung wurde unter Anderem beschlossen, die Jahresbeiträge der Mitglieder, à 3 M., bis spätestens zum 15. April abholen zu lassen und die Vertheilung von Schuhen an arme Schulkinder bereits bei dem Beginne des Winters und nicht erst zu Weihnachten vorzunehmen. Unmittelbar an die Generalversammlung schloß sich behufs Constituirung einer Sitzung des Vorstandes an. In derselben wurde Bürgermeister Dickebusch zum Vorsitzenden, Stadtschulrat Dr. Pfundtner zu dessen Stellvertreter, Rector Kirch zum Schriftführer und Frau Ida Stern zur Kassiererin gewählt. Um den Beitrag zum Vereine zu erleichtern, erklärten sich sämtliche Vorstandsmitglieder bereit, Anmeldungen neuer Mitglieder entgegenzunehmen.

\* Bewegung der Bevölkerung. In der Woche vom 16. bis 22. Februar 1890 fanden nach dem Wochenbericht des Statistischen Amts der Stadt Breslau 63 Geschlechter statt. In der Woche wurden 215 Kinder geboren, davon waren 185 männlich, 30 unehelich, 203 lebendgeboren (93 männlich, 110 weiblich), 12 todgeboren (7 männlich, 5 weiblich). Die Anzahl der Gestorbenen (excl. Todgeboren) betrug 156 (mit Einschlüsse der nachträglich aus Vorwochen gemeldeten). Von den Gestorbenen standen im Alter von 0 bis 1 Jahr 42 (darunter 5 unehelich Geborene), von 1-5 Jahren 13, über 50 Jahren 5. Es starben an Scharlach, an Masern und Rötheln, an Rose, an Diphtheritis und Croup 6, an Woebenbetieber, an Keuchhusten 1, an Unterleibstypus incl. Nervenfeier, an acutem Gelenkrheumatismus, an Durchfall, an anderen akuten Darmkrankheiten 4, an Krämpfen 11, an anderen Krankheiten des Gehirns 8, an Lungenschwindsucht 19, an Lungen- und Luftwegen-Erzündung 16, an anderen akuten Krankheiten der Atmungsorgane 4, an anderen Krankheiten der Atmungsorgane 15, an allen übrigen Krankheiten 59, in Folge von Selbstmord 2, unbekannt 1. - Auf 1 Jahr und 1000 Einwohner kommen in der Woche des Vorwochen 30,24, in der Woche 27,19.

\* Temperatur. - Luftdruck. - Niederschläge. In der Woche vom 16. bis 22. Februar 1890 betrug die mittlere Temperatur -2,4° C., der mittlere Luftdruck 757,7 mm, die Höhe der Niederschläge 0,80 mm.

\* Polizeilich gemeldete Infektionskrankheiten. In der Woche vom 16. bis 22. Februar 1890 wurden 40 Erkrankungsfälle gemeldet, und zwar erkrankten an modif. Pocken, an Diphtheritis, an Unterleibstypus.

\* Evangelischer Bund. In der am 24. d. im Saale zum „König von Ungarn“ stattgehabten zahlreich besuchten Versammlung, die vom Landwirtschaftsyndicus Geisler geleitet wurde, erfolgte zunächst die Wahl der Delegierten des hiesigen Ortsvereins (über 500 Mitglieder) zu der im April stattfindenden Generalversammlung des Schlesischen Hauptvereins des Evangelischen Bundes. - Bei dieser Gelegenheit sei gegenüber irrtümlichen Auffassungen darauf hingewiesen, daß die Bestrebungen desselben in keiner Weise sich im Fahrwasser irgend einer politischen Partei oder einer bestimmten kirchlichen Richtung innerhalb des Protestantismus befinden. Der Bund vereinigt Männer aller hierbei in Betracht kommenden politischen Parteien von der conservativen Rechten bis zur freisinnigen Linken und

**Ib. Schiedsgericht zur Regulierung von Bergschäden im Regierungsbezirk Oppeln.** Nach erfolgter Ergänzung sieht sich das Schiedsgericht zur Regulierung der Bergschäden im Regierungsbezirk Oppeln nunmehr folgendermaßen zusammen: Erste Abteilung: Oberbergmeister von Brunn in Breslau, Vorsitzender; Oberbergrath Hiltrop in Breslau, stellvertretender Vorsitzender; Berggrath Hoffmann in Kattowitz und Bergmeister Dr. Sattig in Beuthen (Soc.), Mitglieder; Bergmeister Dövers in Tarnowitz, Stellvertreter. Zweite Abteilung: Regierungsbergrath Schacht in Oppeln, Vorsitzender; Regierungsbergrath Maiwald in Oppeln, stellvertretender Vorsitzender; Kreisbauminpector Blau in Beuthen und Landesbauminpector Rasch in Oppeln, bauverständige Mitglieder; Baumeister Fadisch in Beuthen, Stellvertreter; Defonome-Inspector A. D. und Kreistarator von Thun in Beuthen und Landrat Gerlach in Oppeln, ökonomische Mitglieder, und Oekonomierath Lüdersen in Gogolin, Stellvertreter.

**— Bescheinigung über die Abnahme von Dampfkesseln.** Das Königliche Regierungspräsidium zu Breslau hat verfügt, daß die mit der Untersuchung von Dampfkesselanlagen betrauten königlichen Baubeamten dem Inhaber einer solchen Anlage die Abnahmevereinigung auszufüllen und zu behandeln haben. Sie haben zu derselben den gesuchten Stempel von 1,50 M. zu verwenden, dessen Erstattung bei der Vorlage der Gebühren-Liquidation bei der vorgesetzten Dienstbehörde zu beantragen ist. Abschrift der Bescheinigung ist derjenigen Polizeibehörde mitzuteilen, welche die Untersuchung veranlaßt hat. Die entgegenstehende Bestimmung der Dienstweisung für die königlichen Bauinspektoren der Hochbauverwaltung kommt in Wegfall. In über-einmündender Weise haben auch die sonstigen Kesselrevolutionsbeamten, sowie die Vereins-Ingenieure in allen Fällen, in welchen stempelpflichtige Abnahmzeugnisse gemäß § 24 der Gewerbeordnung auszustellen sind, fortan zu verfahren.

**§. Schutz für eingenäherte Eisenbahn-Frachsendungen.** Man schreibt uns: Leider kommt es noch mitunter vor, daß Frachstücke während des Transportes um einen Theil verbraucht und dann wieder tadellos verschlossen werden. Da diese Verbrauchungen gewöhnlich äußerlich nicht zu erkennen sind, nimmt der Empfänger die Ware unbeanstandet an. Für später vorgefundene Differenzen kommt aber die Eisenbahn nicht auf. Diesem Nebelstände kann der Verleger z. B. bei eingenäherten Gütern, wie Kasse, Lüche u. s. w., in sehr einfacher und empfehlenswerther Weise abhelfen. Wenn nämlich nach geschlossener Nacht die in etwa 3 bis 4 cm Breite mit Farbe (aber nicht mit der leicht nachzuahmenden schwarzen) angestrichen wird und ein Unbefugter öffnet sie, so wird es ihm nie möglich sein, den zum Nähen benutzten Bindfaden wieder genau so zu ziehen, daß die bei der ersten Naht unten gelegenen und deshalb weiß gebliebenen Stellen derselben auch wieder nach unten bzw. unter das Packstück kommen. Es werden immer auf der Farbe der Packleinwand weiße Stellen des Bindfadens erscheinen und die erfolgte Öffnung des Golos wird bei geringer Aufmerksamkeit schon bei der nächsten Entladestation bzw. bei der Abnahme entdeckt werden müssen.

**+ Sagan, 25. Februar. [Gauturntag. — Verschent. — Wahl-** **sache.]** Der Niederschlesisch-Lausitzer Grenz-Turngau, welchem die Vereine Sagan, Löbau und Feuerrettungsverein und Deutsche Eiche, Sprottau, Mallnow, Wiesau und Christianstadt angehören, hielt gestern seinen ordentlichen Gau-Tag. Die genannten Vereine waren durch Abgeordnete vertreten. Dem Jahresbericht folge zählt der Gau in Summa 526 Mitglieder. — Mit dem 1. März ist Garnison-Inspecteur Hoppe nach Mex verfehlt; sein Nachfolger ist Verwaltungsinspecteur Wollenberger aus Wandsee. — In Dittersbach b. Sagan war es der freisinnigen Partei gelungen, einen Saal zu mieten. Heute erschien der Wirth bei dem Mieter des Locals und teilte ihm mit, daß er sein Versprechen nicht halten könne, da ihm Gutsvorsteher und Mittergutsbesitzer Weber-Ammendorf 300 M. geboten hätte, falls er ihm den Saal bis zum 2. März überläßt. Trotzdem der Wirth vertragmäßig gebunden war, so erklärte doch der Vorstand des Wahlvereins, ihn frei zu lassen, wenn Herr Weber sofort die 300 M. zahle. Und dieser that es. Haderfreut erschien der Gastwirth im Wahlbüro, zahlte die Saalpacht zurück und schenkte dem freisinnigen Wahlfonds von dem conservativen Geld 50 M.

**□ Sprottau, 26. Febr. [Zur Wahl.]** Für die künftigen Sonnabend stattfindende Stichwahl zwischen Oberbürgermeister v. Forckenbeck und Rittergutsbesitzer v. Klebing müssen die Liberalen tüchtig arbeiten, um den Sieg an ihre Fahne zu heften. Die Gegner verfehlten, die Conservativen, lassen es nicht an Mühe fehlen, Stimmen für sich zu gewinnen. Dazu kommt, daß die Nationalliberalen nunmehr sich mit den Conservativen verbündet haben und das Centrum lehren ebenfalls Heeresfolge leistet. Ob die Socialdemokraten sich der Stimmenabgabe enthalten oder ebenfalls für den conservativen Kandidaten stimmen werden, ist noch nicht bekannt.

**\*\* Brieg, 25. Februar. [Biehmarkt]** Der gefürchte Biehmarkt gehörte zu den verkehrsreichsten der hier stattgehabten Märkte. Am Vorabend waren sämtliche Gaithöfe von den angelieferten Händlern besetzt. Vom frühen Morgen des Markttages entwidete sich auf dem weiten Biehmarktplatz, der städtischen Oderau, ein äußerst lebhaft Geschäftsvölker. Angebot und Nachfrage hielten gleichen Schritt, weshalb durchgängig sehr gute Preise erzielt wurden. Im Ganzen waren aufgetrieben resp. zum Verkauf gestellt: 35 Kurzspferde à 600—1200 M., 24 Reitpferde à 250—800 M., 180 Kutschpferde à 300—900 M., 520 Ackerpferde à 100—700 M., 136 Klepper à 90—150 M., zusammen mitin 895 Pferde; ferner 1 Bulle zu 300 M., 150 Mastschafen à 300—390 M., 400 Zugochsen à 90—400 M., 600 Rughufe à 150—270 M., 204 Kalben à 75 bis 210 M., 70 Küffer à 66—96 M., insgesamt also 1421 Stück Rindvieh; weiterhin 293 Schweine in 4 Heeren à Paar 65—100 M., 63 sette Schweine à 75—150 M., 1700 Ferkel à Paar 30—45 M., in Summa daher 2056 Stück Schwarzvieh; außerdem 4 Ziegen à 15—21 M. Das Verladen des Vieches auf dem Bahnhofe nahm den ganzen Nachmittag und Abend in Anspruch und konnte dennoch nicht bewältigt werden, so daß die letzten Biehtransporte erst heute abgingen.

**† Rybnik, 26. Februar. [Biehmarkte]** Nachdem die Maul- und Klauenpest im hiesigen Kreise erloschen ist, dürfen Rindvieh-Märkte wieder abgehalten werden. Dagegen ist die Zulassung von Schweinen zum Marktverkehr noch nicht gestattet, da nicht unbedeutende Mengen dieser Thiere aus Oesterreich-Schlesien und — durch den Plesser Kreis hindurch — aus Galizien in den hiesigen Kreis eingeschmuggelt werden. Bekanntlich herrscht in diesen Landesteilen die Maul- und Klauenpest noch in großer Ausdehnung; durch eine Zulassung von Schweinen auf die Märkte würde daher die Gefahr der Seuchenfortpflanzung nur vergrößert, auch bei einem so erleichterten Absatz verbotswidrig eingeführter Schweine.

**\* Besitzveränderung in der Provinz.** In Hirschberg ist, wie der „Bote a. d. Niedergebirge“ schreibt, der in der Schützenstraße gelegene Gasthof „zur Burg“ am 24. d. M. durch Kauf an den Gastwirth Maierstein aus Löwenberg übergegangen.

**Aus den Nachbargebieten der Provinz.**

**§. Zur Arbeiterbewegung im böhmischen Glassbezirk** schreibt unser Hirzberger Correspondent: Nichts ist wohl bezeichnender für die unerträglichen Zustände in der böhmischen Glasindustrie, als die geradezu fiebernde Hast, mit welcher gegenwärtig alle beteiligten Kreise, in zahlreichen Versammlungen eine Besserung der Verhältnisse anstreben. In drei Tagen sind nicht weniger als fünf Versammlungen angelegt worden. Sonntag Nachmittag fand, wie schon gemeldet, eine Versammlung der Glasverleihbläser von Marienberg, Albrechtsdorf, Antoniwald, Josefthal und Dölfendorf in Antoniwald statt. In derselben wurde ein ansehnlicher Mindestlohn festgesetzt und gleichzeitig beschlossen, in den Streife einzutreten, wenn der Lohnzettel nicht bewilligt würde. Am selben Tage versammelten sich die Glas- und Porzellannimaler in Gablonz. Für Montag Nachmittag war eine Zusammenkunft der Lieferanten und Schleifmüllensbesitzer und deren Pächter aus der Schwarzwälderbranche in Morchenstein anberaumt und gleichzeitig in Mardorf eine Versammlung der Hobelperlenlieferanten; Dienstag endlich sollte eine Versammlung der Exporteure in Gablonz stattfinden. Der Einzelne wie die Gesamtheit sind sich bewußt geworden, daß man sich über die schon Jahre lang bestehende Mißwirtschaft in der Glasindustrie bisher hinweggetäuscht hatte und daß es ernstlich gilt, der Arbeitslosigkeit und der nackten Armut, die in ungezählten Familien herrschen, nach Kräften zu steuern. Das durch die Versammlungen zu Tage tretende Bestreben der Exporteure, Lieferanten und Arbeitern geht dahin, Mittel zu finden, wie einem weiteren Preisschlüsse und der damit zusammenhängenden Verschlechterung der Ware vorgebeugt werden.

könne. Wenn es eines Beweises für den in dem böhmischen Gebirge herrschenden Notstand noch bedürfte, so würde er in überzeugender Weise durch die Thatache erbracht werden können, daß in der vergangenen Woche 70 Familien aus dem Gablonz-Tannwalder Bezirk nach Brasilien ausgewandert sind. Die Armuten haben oft kaum die Mittel besessen, um die Reisekosten zu Bremen bestreiten zu können.

### Wahlresultate aus Schlesien.

**○ Trebnitz.** Nach dem amtlich festgestellten Wahlresultat haben von 21401 Wahlberechtigten 11637 ihre Stimmen abgegeben, und zwar 8371 für den conservativen Fürsten von Habsfeld, 2333 für den freien Mühlbecker Lämmer in Heinrichsdorf, 766 für Grafen Stolberg von Bruslawa (Centr.), 81 für Schuhmadermeister Heinz-Breslau (Soc.); zerstreut waren 25 und ungültig 61 Stimmen. Während bei der letzten Reichswahl der freisinnige Kandidat nur 800 Stimmen erhielt, erreichte derselbe diesesmal die dreifache Stimmenzahl.

**\* Neustadt.** Das amtlich festgestellte Wahlresultat ist folgendes: Graf Matyska (Centr.) 9721, Graf Scherr-Thoss (Soc.) 1650, Brause (Soc.) 1251, Fuchs (dfr.) 221, v. Forckenbeck (dfr.) 15, Witte (dfr.) 8; zerstreut sind 14, ungültig 11 Stimmen. Bewerbswettbewerb ist das Anwachsen der Socialisten, welche 1884 für ihren Kandidaten 7, 1887 84 und jetzt, wie erwähnt, 1251 Stimmen erhielten.

### Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

**§ Breslau, 26. Februar. [Landgericht. — Strafkammer II. — Betrug im Rückfalle.]** In den Jahren 1887 bis 1889 erschienen in einer großen Menge von Fachzeitungen für Maler, Buchbinderei, Vergolder u. c. Interate, welche entweder eine „Flüssige Gold-Imitation“ oder „Flüssige Braunschweig“ empfahlen. Als Erfinder derselben bezeichnete sich die „Firma“ Joseph Tischler in Bad Deyhausen in Westfalen. In den Anpreisungen hieß es: „Probefläschchen werden gegen Einwendung des Beitrages von 1 M. 20 Pf. oder auf Postnachnahme durch den Erfinder nach allen Orten verjandt, Originallöschen (circa 150 Gramm enthaltend) kosten 5 Mark.“ Es gingen daran eine große Anzahl Bestellungen ein. Die meisten Einsender warteten indessen vergeblich auf Zustellung der Imitation, diejenigen Besteller aber, welche durch Nachnahme bezahlt hatten, erhielten umgehend nach Einzahlung des verlangten Beitrages ein kleines Fläschchen, gefüllt mit einer Flüssigkeit, die in keinem Falle den verprochenen und gewünschten Zweck erfüllte. Es schien eine Art mit Gold- oder Silberbronze angemachte Theaterfarbe zu sein. Nachdem verschiedene Besteller bei der Polizeibehörde von Deyhausen Nachfrage gehalten oder mit dem Antrage auf Strafverfolgung Anzeige erstattet hatten, wurde als der angebliche Inhaber jener Firma der Buchbindergeselle und Galanteriearbeiter Joseph Tischler ermittelt, welcher schon 6 oder 8 Mal wegen Landstreitends und Bettelns bestraft worden war und eine Vorstrafe für Betrug in Höhe von 4 Wochen verbüßt hatte. Zu Bendheim wurde ihm am 16. März 1888 der Prozeß wegen der vorerwähnten Beträgereien gemacht. Er erhielt drei Monate Gefängnis zuerkannt, zu deren Verjährung man ihn sofort in Haft behielt. Nach seiner Entlassung August 1888 erfolgten Entlassung soll er dasselbe Treiben weiter fortgesetzt haben. Wieder gingen bei der Polizeibehörde eine Menge Anzeigen ein. Als man des im Lande umher vagabondirenden „Erfinders“ endlich habhaft wurde, erfolgte seine Unterbringung in den Räumen des hiesigen Untersuchungsgefängnisses. Von dort brachte man ihn heut auf die Haftklagebank vor die unter Vorsitz des Landgerichtsdirectors Freytag tagende II. Strafkammer. Es waren 10 Betrugsfälle, welche ihm die Anklage diesmal zur Last legte. Betreffs einer Anzahl derselben behauptete der Angeklagte, sie seien in seiner früheren Bestrafung schon einbezogen; andererseits wollte er seit jener Zeit nur noch in wenigen Fachblättern und nicht mehr in der ihm früher zum Vorwurf gemachten ausschließlich reklamierten Form annonciert haben. Diese Angaben fanden durch die bei den Akten befindlichen Verlagsblätter ihre Widerlegung. Bei der polizeilichen Festnahme des Angeklagten wurden mehr als ein Dutzend Bestellbriefe vorgefunden, auf welche Tischler noch nicht geantwortet hatte, obwohl die Belehrungen schon seit Monaten aufgegeben waren und die Briefe den Beitrags von 1 M. 20 Pf. bis zu 10 M. in Briefmarken enthalten hatten. Es waren die Bestellungen von Privatleuten, Buchbindern, Vergoldern und Handlungen für Maler-Mittellisten aus Riga, Friedland, Leipzig, Protoschin, Hadersleben, Magdeburg und anderen Orten des Inn- und Auslandes eingegangen; sogar ein Landschaftsmaler in den Niederlanden hatte die Gold-Imitation verlangt. Der Angeklagte hat während der Dauer der Untersuchung fortwährend behauptet, die von ihm vorgenommenen Farben- und Bronzenvielfaltungen erfüllten in allen Fällen den angegebenen Zweck; nur sei es notwendig, jedem Besteller die für seine Arbeit notwendige Mischung zu geben, da wegen des Untergrundes und der Haltbarkeit der Farben verschiedene Lacke zugelegt werden müssten. Die damit angestellten Proben haben in keinem Falle ein befriedigendes Resultat ergeben; speziell als Erfolg des Goldschnitts für Bücher kam die Mischung überhaupt nicht verwandt werden. Bei Abgabe dieses Gutachtens des Sachverständigen erbot sich der Angeklagte, er wolle im Gefängnis einen guten Goldschnitt liefern, falls man ihm die Stoffe zur Zusammenstellung der Farben gewähre. Der Sachverständige erwähnte an dieser Stelle als Curiosum und zur Charakterisierung des Angeklagten, derselbe habe, wie aus den Akten ersichtlich sei, den von ihm abgesandten Farbblättern einen rothen Zettel beigelegt, auf welchem gedruckt stand: „Ich warne Jeden vor Untersuchung meines Präparats, da dasselbe leicht explodiert.“ Selbstverständlich war eine Explosionsgefahr gar nicht vorhanden, der Angeklagte hat also nur die Untersuchung hindern wollen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hält die betrügerischen Vorstreuungen des Angeklagten für erwiesen; wegen seiner Vorstrafen und der Gemeinfähigkeit seiner Handlungswweise verdiente derselbe die Zulassung mildender Umstände nicht, die Gesamtstrafe sei deshalb auf zwei Jahre Zuchthaus, drei Jahre Chorverlust und 300 Mark Geldbuße zu bemessen. Das Strafammer-Collegium beschloß, die Einzelstrafen in Höhe von 9 Jahren Zuchthaus und setzte diese auf das vom Staatsanwalt beantragte Gesamtstrafmaß herab; die Geldstrafe wurde aber auf 1250 Mark eventuell noch 90 Tage Zuchthaus bemessen.

### Telegraphischer Specialdienst der Breslauer Zeitung.

L a n d t a g.

**\* Berlin, 26. Febr.** Der Rest des Etats des Ministeriums des Innern wurde heute im Abgeordnetenhaus ohne erhebliche Debatte erledigt; es kamen nur noch die Gehaltsaufhebungen für Schuleute und Gendarmen zur Sprache, worüber der Minister Herrfurth die wohlvollendsten Erklärungen abgab. Den Antrag Berger wegen gänzlicher Beseitigung der fiscalischen Brückenzölle empfahlen die Abg. Olzem, Stöbel und Bödiker, während der Geheimer Ober-Finanzrath Lehner sich ganz ablehnend verhielt und der Abg. Böhh erhebliche Bedenken geltend machte. Der Antrag wurde der Budgetcommission überwiesen, ebenso der Antrag von Cynern wegen Übernahme einiger aus dem Jahre 1807 stammenden Kriegsschulden einzelner Landesheile auf den Staat. Diesen Antrag hatten die Abg. Olzem, Krause, v. Meyer-Arnswalde, Sack, und v. Cynern empfohlen, während Graf Limburg-Stirum Bedenken dagegen geltend machte. Die Regierung war während dieser Beratung nicht vertreten. Bei der dann folgenden Beratung von Wahlprüfungen erbrachte Abg. Bachem den Beweis, daß die Nationalliberalen 1884 in Hannover für den Socialdemokraten gestimmt hätten, und daß damals auch die „Kölnische Zeitung“ den Standpunkt vertraten, lieber einen Socialdemokraten, als einen Freisinnigen. Die Nationalliberalen ritten dann noch einmal auf der Breslauer Zeitung herum, weil sie dem Abg. Bachem gern einen Vorwurf daraus machen

möchten, daß er von einem durch die Zeitungen bekannt gewordenen Briefwechsel auch im Hause Gebrauch gemacht hat. Die Wahlprüfungen wurden nach den Anträgen der Commission erledigt. Schließlich wurden Petitionen von Gymnasiallehrern wegen Gleichstellung im Gehalt mit den Richtern erster Instanz und wegen besserer Vertheilung der Schulfäste der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Morgen: erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in Schlesien, und kleinere Vorlagen.

Abgeordnetenhaus. 17. Sitzung vom 26. Februar.

11 Uhr.

Am Ministerisch: Herrfurth und Commissarien.

Die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern wird fortgesetzt. Die Ausgaben für das Statistische Amt, die Standesämter, die Verwaltung der Regierungsblätter und der damit verbundenen öffentlichen Anzeiger werden ohne Debatte bewilligt.

Bei dem Capitel: „Landräthliche Behörden“, Titel: „Dienstaufwandsentschädigungen für die Landräthe“ bemängelt Abg. von Meyer-Arnswalde die neuerdings eingeführte Pauschalprämierung der Postkosten für die Landräthe; man hätte lieber bei der alten Praxis verbleiben sollen. Die einen werden zu wenig bekommen, und der Nachweis des Manos wird mit lästigen Schreibarbeiten verbunden sein, die anderen zu viel, und diese werden von der Pauschalsumme sparen. Die meisten Landräthe werden mit dieser Neuerung unzufrieden sein.

Geb. Rath Haase: Die neue Einrichtung besteht erst seit dem ersten October v. J.; es ist der Pauschalsumme der Durchschnittszahl der drei letzten Jahre zu Grunde gelegt worden. Ob diese Pauschalsumme genügen oder eine Erhöhung derselben nötig werden wird, müssen wir der Zukunft überlassen; im Allgemeinen ist der jetzige Satz als ausreichend zu betrachten.

Das Capitel wird bewilligt.

Bei dem Capitel „Localpolizeiverwaltung in Berlin“ beschwört sich Abg. Goldschmidt darüber, daß das Polizeipräsidium

in Berlin für die Abtragung von Firmenschildern in der Durchschnittszahl der drei letzten Jahre zu Grunde gelegt worden. Ob diese Pauschalsumme genügen oder eine Erhöhung derselben nötig werden wird, müssen wir der Zukunft überlassen; im Allgemeinen ist der jetzige Satz als ausreichend zu betrachten.

Minister Herrfurth: So lange die Erlaubnis zur Abtragung von Firmenschildern u. s. w. in Form einer Verfügung erfolgte, wurde eine Stempelgebühr nicht erhoben; als sie aber in der Form eines Erlaubnisheimes erfolgte, fiel sie unter das Stempelgefeh. Das Königl. Polizeipräsidium hat sich aber überzeugt, daß es nicht notwendig ist, eine derartige Erlaubnis in der Form eines Erlaubnisheimes zu ertheilen, und bereits seit dem August v. J. wird die Erlaubnis wieder in der früheren Form ertheilt und eine Stempelgebühr seitdem nicht mehr erhoben. Damit ist die Beikwerde erledigt.

Abg. Goldschmidt dankt dem Minister für diese Erklärung; allerdings sei noch vor wenigen Wochen ein solcher Beikwerde vorgekommen.

Abg. Mehner hebt die bedrangte Lage der Berliner Schuleute hervor; ihr Gehalt sei so gering, daß sie eine wahre Proletarierexistenz führen müßten. Für den ihnen gewährten Wohnungszuschuß könnten sie für ihre Familie unmöglich eine passende Wohnung mieten. Redner bittet den Minister, die Schuleute im nächsten Etat mehr zu berücksichtigen.

Minister Herrfurth: Ich kann den Wunsch des Abg. Mehner nur durchaus für berechtigt erachten, und ich hoffe, daß wir nicht bis zum nächsten Etat warten, sondern in den Nachtragsetat die Gehaltserhöhungen dieser Beamten bereits einstellen werden. Ich bemerke aber, daß der Wohnungszuschuß von 240 M. eben nur ein Zuschuß und nicht eine Entschädigung für die volle Miete sein soll. Das Gehalt ist allerdings verhältnismäßig niedrig, doch paßt der Vergleich mit den Arbeitern aus dem Grunde nicht, weil die Schuleute pensionsberechtigt sind und in der Regel leicht eine Privatstellung finden, weil sie als gewandte, zuverlässige und tüchtige Beamte mit vollem Recht angesehen werden.

Das Capitel wird bewilligt, ebenso ohne Debatte das Capitel „Polizei-Bewaltung in den Provinzen“ und das Capitel „Polizei-Districts-Commissionen in der Provinz Böhmen.“

Beim Capitel „Landgendarmerie“ empfiehlt Abg. v. Meyer-Arnswalde eine Vermehrung der Gendarmen und eine erhebliche Gehaltsaufsteigerung für dieselben, weil schon die Bevölkerung für die vorhandenen Stellen zu fehlen anfangen. Daß die Sicherheit im Lande bedroht sei, beweise der Aussatz der Wahlen, namentlich das Annäheren der Socialdemokratie, welche durch das allgemeine geheime Wahlrecht und die Gewerbebefreiheit befördert sei.

Es folgt die Berathung des Antrages von Eynern: die königl. Staatsregierung zu ersuchen, die Uebernahme der aus dem Jahre 1807 herührenden Kriegsschuld der Stadt Königsberg, sowie der übrigen aus dem französischen Kriege herrührenden Kriegsschulden, namentlich der Niederlausitz, Neumark und Kurmark, auf Staatsfonds in Erwagung zu ziehen.

Abg. Olzem (nati.) weist darauf hin, daß namentlich die Stadt Königsberg 1807 hart mitgenommen worden sei; die Schulden, welche die Provinz in Folge des Krieges übernommen habe, seien auf den Staat übernommen worden, die Schuld von Königsberg aber nicht. Es wäre eine Pflicht des Staates gewesen, die Schulden schon längst zu übernehmen, und unbegreiflich sei es, daß nicht 1871 die Schulden aus den französischen Milliarden getilgt worden sind. Es handelt sich hauptsächlich um die Stadt Königsberg; die anderen Bezirke, welche in Betracht kommen, haben nur noch geringe Summen zu tilgen. Auf die rechtlichen Gesichtspunkte komme es daher gar nicht an; Königsberg habe die Opfer nicht für sich gebracht, sondern im Interesse des Landes.

Abg. Krause: Man habe der Stadt Königsberg gegenüber geltend gemacht, daß es sich um eine Requisition, nicht um eine Contribution handelt; deshalb habe man die Schulden der Provinz Preußen auf die Staatskasse übernommen, aber die der Stadt Königsberg nicht, weil es sich um Requisitionen handle, deren Rachtiebel jeder Einzelne selbst tragen müsse. Aber es sei eine Thatsache, daß es sich lediglich um eine Contribution handelt.

Abg. v. Meyer-Arnsmalde empfiehlt den Antrag mit Rücksicht auf die Neumark. Es handelt sich für diese noch um eine Schuld von 250 000 Mark; mit der Tilgung derselben würde die Neumark überhaupt aus der Welt verschwinden; sie ist durch die Kreisordnung eigentlich beseitigt, denn sie ist thils der Provinz Brandenburg, theils der Provinz Pommern zugefallen. Sie können diese Summe als Kranz auf ihr Grab niederlegen. Ich führe noch den Titel „Landesdirektor der Neumark“, habe aber fast gar nichts mehr zu thun; ich könnte meiner Namensunterchrift die Buchstaben i. p. i. zusehen: in partibus infidelium. (Heiterkeit.)

Abg. Sack (conf.) empfiehlt den Antrag.

Abg. Graf Limburg-Stirum glaubt, daß durch die Annahme des Antrages diejenigen benachtheiligt würden, welche damals die Contribution gleich bezahlt haben, statt Schulden zu machen.

Abg. v. Eynern weist in seinem Schlusshort als Antragsteller darauf hin, daß der Ministerialer leer geblieben ist; er könne das nur dahin verstehen, daß die Regierung gegen den Antrag nichts einzuwenden habe. Gerade der jetzige Augenblick, wo der Finanzminister gar nicht wisse, wohin er mit den Überstüßen soll (Heiterkeit), wo er nur Schulden tilgt, die wir gar nicht haben (Heiterkeit), sei geeignet, um endlich diese alte Schuld, die lechte Erinnerung an die Zeit der Fremdherrschaft, aus der Welt zu schaffen.

Der Antrag wird der Budgetcommission überwiesen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Wahl des Abg. Mahlsiedt wird nach dem Antrag der Wahlprüfungskommission beanstandet. Bei der Wahl des Abg. Stüve (2. Osnabrück), die ebenfalls beanstandet werden soll, entspricht sich eine längere Debatte, in welcher

Abg. Bachem auf die gestrigen Verhandlungen zurückkommt. Er citirt aus dem Jahre 1884 aus den „Nationalliberalen Blättern“ die in Hannover erscheinen, einen Artikel, der direkt für die Wahl des Socialdemokraten Meister gegen den Welfen Brühl eintritt; zugleich habe damals die „Kölner Zeitung“ ausgeführt, daß es eine richtige Taktik wäre, den Socialdemokraten zu zeigen, daß man sie nicht für die schlimmsten Feinde halte und daß man ihnen den Vorzug vor den Freisinnigen gebe.

Abg. Mithoff: Der Vorredner möchte durch diese Ansprüchen wohl nur den Eindruck der gestrigen Verhandlungen ab schwächen; es handelt sich aber gar nicht um die Frage, ob die Nationalliberalen in Hannover für den Socialdemokraten gestimmt haben, sondern um die Behandlung, welche ein nicht für Herrn Bachem bestimmter Brief in der Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung“ erschienen hat. Herr Bachem muß den Auftrag gegeben haben, die für ihn bestimmten Briefe zu erbrechen, und es ist ihm hauptsächlich zum Vorteil gemacht worden, daß er von dem Inhalt des Briefes, den er widerrechtlich kennen gelernt, hier Gebrauch gemacht hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Abg. von Eynern: Ich habe die „Nationalliberalen Blätter“ nicht gekannt und habe auf Erkundigung bei meinen Freunden aus Hannover gehört, daß eine Zeit lang diese Blätter erschienen, aber wegen ihrer ungeschickten Haltung sehr bald wieder eingegangen sind. Wenn auch in diesem Blatte und in der „Kölner Zeitung“ die Unterstützung von Socialdemokraten bei den Stichwahlen empfohlen worden ist, so ist das doch kein Beweis, daß eine solche Unterstützung wirklich stattgefunden hat. So fest ist keine Partei organisiert, daß sie ohne Weiteres ihr Wähler commandiren könnte.

Abg. Windthorst: Es ist festgestellt, daß 1884 sowohl in Hannover wie in Köln ein gemeinsames Vorgehen der Nationalliberalen mit den Socialdemokraten beabsichtigt worden ist; die Kundgebungen sind zu gleicher Zeit in beiden Orten erfolgt, und das kann kein Zufall sein. Es ist notwendig, das gerade jetzt wieder in Erinnerung zu bringen.

Abg. Bachem: Der Abg. Mithoff hat so gesprochen, als wenn ich den Auftrag gegeben hätte, den speziell aus Hannover irrtümlich in die Redaktion der „Kölner Volkszeitung“ gelangenden Brief zu eröffnen. Das soll doch wieder einen falschen Schein erwecken. Ich habe allerdings die Ernächtigung gegeben, Briefe, die für die Redaktion der „Kölner Volkszeitung“ unter meiner Adressen einlaufen, zu eröffnen. (Burk: Die Benutzung!) Von dem Inhalt des Briefes ist in der „Kölner Volkszeitung“ eine Andeutung gemacht worden (Burk: Alles!), aber nicht von mir. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Glauben Sie doch endlich, wenn ich es sage: Sie haben mir zu glauben, was ich sage! (Lebhafte Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Abg. Friedberg: Herr Bachem hat unterlassen, mitzuteilen, daß in den ihm zur Kenntnis gekommenen beiden Briefen der Abg. Sattler den Abgleich eines Paktes mit den Socialdemokraten abgelehnt hat. Er hätte in Bezug auf diesen Vorsatz wenigstens sein Bedauern aussprechen sollen; aber ebenso wenig, wie er in dem Falle des Bürgermeisters Conrad es für nötig erachtet hat, seine Ehrenpflicht zu erfüllen und einzustehen, daß er Unrecht hatte, ebenso wenig hat er auch in diesem Falle seine Ehrenpflicht erfüllt. (Große Unruhe.)

Abg. Bachem: Ich habe durchaus keine Ehrenpflicht in dem Falle Conrad, denn wenn ich eine solche erfüllte, müßte ich das Urteil des Landgerichts vollständig desavouiren, und das kann ich nicht. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Den Brief, in welchem Herr Sattler den Pact mit den Socialdemokraten ablehnt, kannte ich nicht.

Die Wahl des Abgeordneten Stüve wird beanstandet.

Es folgt die Berathung von Petitionen. — Die Gemeindevorstände von Mittelsteine, Obersteine und Biehals beschweren sich über die Anordnung der Schulaufsichtsbehörde, nach welcher bisheriger Gewohnheit entgegen an einem Gelöbnistage der von ihnen vertretenen Gemeinden Unterricht in den dortigen Schulen ertheilt werden soll. — Die Unterrichts-Commission beantragt, die Petition der Regierung zur Erwagung zu überwiesen.

Abg. Szimula (Centrum) beantragt die Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Das Haus beschließt nach dem letzteren Antrage.

In Bezug auf die Petition von Lehrern königlicher Gymnasien um Gleichstellung im Gehalte mit den Richtern erster Instanz beantragt die Commission, mit Rücksicht auf die bereits auf gleichartige und ähnliche Petitionen in früheren Sessionen gefassten befürwortenden Beschlüsse des Abgeordnetenhauses und im Hinblick auf die Erklärungen des Herrn Cultusministers in der Session des Jahres 1885, wonach der Anspruch der Lehrer an staatlichen Gymnasien auf Gleichstellung im Gehalt mit den Richtern erster Instanz an sich ein berechtigter sei, und auf die Erklärung des Finanzministers in der laufenden Session, daß eine Erhöhung der Beamtengehälter beabsichtigt sei, und unter diesen Beamten auch Lehrer zu verstehen seien, über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Drawe (bf.) beantragt, die Petition zur Berücksichtigung zu überweisen. Ueber die Sache selbst könne keine Meinungsverschiedenheit bestehen; nachdem die Cultusminister v. Mühlner, Falz und Göhler den Anspruch der Lehrer auf Gleichstellung mit den Richtern der unteren Instanz für berechtigt erklärt haben, müsse endlich einmal etwas geschehen.

Abg. Schmelzer (nati.) bestreitet die in der Commission geäußerte Meinung, daß die Lehrer früher zur Anstellung gelangten, als die Richter; vielmehr sei die Vorbereitung der Philologen bis zum ersten Examen eine viel längere als die der Juristen. Dazu kämen noch zwei Probejahre für die Lehrer, so daß die Zeit bis zur Anstellungsfähigkeit bei beiden fast gleich sei. Auch in gesellschaftlicher und sozialer Beziehung sei die Frage wichtig. Sollen die Schulen nicht nur Lehranstalten, sondern auch Erziehungsanstalten sein, so sei die Gleichstellung der Lehrer mit anderen Beamtenkreisen durchaus nötig; denn deren jegliche Abgeschlossenheit von allen anderen Kreisen wirke nachteilig auf ihr Verhalten gegenüber den Söhnen anderer Berufskreise, und somit auf die Erziehung. So innige Schüler-

freundschaften wie früher gebe es gar nicht mehr, und auch das pleitäßolle Verhältnis der Schüler zu den Lehrern sei nicht mehr das alte.

Abg. v. Bülow-Wandsbeck (freicons.) erklärt sich für den Commissionsantrag.

Abg. Arendt (freicons.) hält den Beschluß der Commission, der ohne eine eigenliche sachliche Prüfung der Petition zu Stande gelommen sei, für einen Rücktritt gegenüber den früheren Beschlüssen des Hauses; er sei deshalb für den Antrag Drawe; sollte der aber abgelehnt werden, so wäre ihm die nochmalige Verneinung der Petition an die Commission lieber, damit dieselbe eine sachliche Prüfung vornehme.

Abg. Graf Clairon d'Haussouville macht darauf aufmerksam, daß der Commissionsbeschluß nur aus Opportunitätsgründen mit Rücksicht auf die beobachteten Gebaltsverhöungen gefaßt sei; im Übrigen seien seine Freunde entschieden für die Wünsche der Petenten.

Abg. Bödiker erklärt sich für den Antrag Drawe. Würden die Gymnasiallehrer besser gestellt, so würden sie sich auch als solche tatsächlich fühlen, während sie jetzt häufig noch in dem Gefühl als Reserveoffiziere der Schüler schroff behandelt. Außerdem müßte der Kreisschulden der Privatschulen wegfallen. Würden die Lehrer besser gestellt, so würde das Gymnasium auch das leisten, was man verlangen kann: einen normalen Schüler in einem Jahre durch die Klasse zu bringen. Den Wünschen der Petenten muß die Regierung möglichst nachgeben, damit sich die Herren vom Gymnasium der Sache ganz hingeben können. (Beschluß.)

Abg. Graf Limburg-Stirum bestreitet, daß die Thatsache, daß die Lehrer Reserveoffiziere seien, sie veranlaße, die jungen Leute schroff zu behandeln; das entspräche den Erfahrungen nicht. (Sehr richtig! rechts.) Im Gegenteil, diejenigen, welche Offiziere gewesen sind, haben die rechte Manier, mit Menschen umzugehen und sich die nötige Autorität zu verschaffen. (Sehr richtig! rechts.) Sei wirklich einmal ein Reserveoffizier schroff gegen die jungen Leute, so liege das nicht an seiner Eigenschaft als Reserveoffizier, sondern in seiner Natur. (Sehr richtig! rechts.) Er wähle gerade, daß die Lehrer danach streben, Offiziere zu werden. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Freundschaft zwischen Schülern und das Verhältnis dieser zu den Lehrern nicht mehr so sei, wie früher, so sei das in den ganzen heutigen Verhältnissen begründet; durch bessere Besoldung oder erhöhte Ränge der Lehrer werde darin nichts geändert.

Abg. Bödiker: Meine Auffassung über die Reserveoffiziere unter den Lehrern beruht auch auf den Mittheilungen älterer Lehrer über jüngere Kollegen; die ersten wünschen lebhaft, daß die Sentiments, die jene aus ihrem Militärlieben mit herübergebracht, verschwinden mögen. Die Petition wird nach dem Antrag Drawe der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Es folgt die Berathung der Petition des Schulvorstandes der Schule Salau-Sperl-Pruskien, betreffend die Aufristung der Schullasten nach dem Grundstückseinertrage.

Abg. von Heydebrand u. d. La Sa hält den gegenwärtigen Zustand für unerträglich. Alle Lasten würden den Herrschaften aufgelegt; eine halbige Rendierung sei dringend notwendig; diese könne in gründlicher Weise nur durch Erlass eines Schuldotationsgesetzes erfolgen.

Abg. v. Tielemann-Borniště weist auf die verworrenen Verhältnisse bezüglich der Vertheilung der Schullasten hin und bittet, daß die Regierung nicht länger mit dem Erlass des Schuldotationsgesetzes zögern möge.

Abg. Sack meint, daß dem Wunsche der Petenten nur dadurch Rechnung getragen werden könne, daß endlich einmal das Unterrichtsgesetz gegeben werde. Die Regierung möge endlich mit der in der Verfassung gegebenen Verheißung Ernst machen.

Die Petition wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Schluß 3½ Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Gesetz-Entwurf, betreffend die Unterhaltung der nicht schiffbaren Flüsse in Schlesien. Kleinere Vorlagen.)

#### Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.

\* Berlin, 26. Febr. Der Kaiser gewährte heute den Malern Koner, Prell und Becker eine Porträtmitsellung. Nach Beendigung derselben begab sich der Kaiser nach dem Reichsamt des Innern, erhielt dort den neu ernannten Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Rasse, die nachgesuchte Audienz und präsidirte darauf (wie bereits gemeldet) ebendaselbst einer Abtheilung des Staatsrates. Beide Abtheilungen des Staatsrates, welche die sozialpolitischen Vorlagen zu berathen haben, sind heute Vormittag 11 Uhr zusammengetreten. Man nimmt nach der „Nat.-Ztg.“ an, daß die Verhandlungen zwei Tage in Anspruch nehmen werden.

In den häufig zu officiellen Mittheilungen benutzten „Hamburger Nachrichten“ ist in sehr auffälligem Druck folgende Nachricht zu lesen: Wie wir aus sehr zuverlässiger Quelle erfahren, ist die Frage des Austritts des Fürsten Bismarck aus dem preußischen Staatsministerium bzw. aus seiner Stellung als Reichskanzler bezüglich der Vertheilung der Schullasten hin und bittet, daß die Regierung nicht länger mit dem Erlass des Schuldotationsgesetzes zögern möge.

Die Bank von Sofia ist durch den Minister-Präsidenten Stambulow angewiesen worden, am nächsten Sonnabend dem deutschen Generalconcul von Wangenheim die von Jugland seit 1886 nicht erhobenen Raten der Occupationschuld auszuzahlen.

Der aus Berlin ausgewiesene Genfer Socialist sprach sich

in Brüssel sehr anerkennend über die Berliner Polizei aus, welche die Verhaftungen sehr höflich behandelte. Die Organisation der deutschen Socialdemokratie sei vortrefflich.

Der Berliner Magistrat beabsichtigt, auf dem städtischen Gute Blankenfelde eine Heimstätte für Wöchnerinnen zu errichten und zu diesem Zwecke die Brennerei und das Herrenhaus umzubauen und zweckentsprechend einzurichten.

Der 47jährige, bisher unbescholtene Musiklehrer Emil Neumann in Berlin ist verhaftet worden. Am Morgen des 21. Februar wurde der 21jährige Sohn des Beschuldigten, Privatlehrer Richard Neumann, in dem Schlafzimmer, das er mit seinem Vater teile, an dem Bettgestell erhangt aufgefunden. Der Beschuldigte will beim Erwachen bestreiten haben, daß Richard Neumann in seiner unmittelbaren Nähe mit einer um den Hals geschlungenen, am Bettgestell befestigten Hirschfeder, nur mit dem Hembd bekleidet, tot vor seinem augenscheinlich vorher bezogenen Bett lag. Der Annahme eines Selbstmordes, auf welchen zunächst der Befund hinwies, stehen, wie die Polizei den bestätigten Blättern mittheilt, erhebliche Bedenken entgegen; vielmehr ist der Verdacht, daß der Emil Neumann seinen Sohn — wahrscheinlich nach vorausgegangener Betäubung desselben — umgebracht und dann an dem Bettgestell aufgehängt habe, um den Antzein zu weden, als ob der selbe einen Selbstmord begangen habe, soweit begründet, daß zur Verhaftung des Beschuldigten geschritten werden mußte, bezüglich dessen im Übrigen die Nachforschungen ergeben haben, daß er mit seinen jugendlichen Schülerinnen fortgekehrt und schon seit längerer Zeit unzügliche Handlungen vorgenommen habe.

Über die Lohnverhältnisse der Arbeiter in den staatlichen Anstalten werden eingehende statistische Aufstellungen vorbereitet, welche, wie regierungssowie mitgetheilt wurde, demnächst dem Landtag zugehen werden.

Der abenteuerliche Plan der deutschen Schuberklärung über die frühere egyptische Äquatorialprovinz Wadelai mit Hilfe einer Expedition unter Emin wird jetzt in einer offiziösen Notiz der „Post“ als nicht glaubwürdig bezeichnet, da Wadelai im Rahmen der englischen Interessenphäre liege und die maßgebenden Persönlichkeiten im vorigen Jahre wenig geneigt gewesen seien, ähnliche Vorschläge günstig zu beurtheilen. Doch scheine es möglich zu sein, daß die Einleitung von anderen Unternehmungen, bei denen Emin vermerkt werden könnte, nicht mehr abgelehnt werde; es liege vielleicht näher, an die Sicherung der deutschen Interessenphäre östlich vom Tanganyikasee zu denken, da uns dort noch manche Schwierigkeiten bevorstehen.

Der Afrikareisende Clemens Denhardt, der, wie vor mehreren Monaten gemeldet wurde, heftig erkrankt war und sich nach Zanzibar ins Hospital hatte begeben müssen, ist jetzt vollständig wieder hergestellt. Herr Denhardt hat jedoch nicht, wie es irrthümlich hieß, am Fieber, sondern an einer heftigen Hautentzündung an den Händen und Füßen gelegen, und mußte über 8 Wochen ohne Unterbrechung das Bett hüten. Vor etwa 14 Tagen ist Herr Clemens Denhardt nach Lamu bzw. Witu zurückgekehrt.

Der „New-York Herald“ veröffentlicht ein Interview mit Rossuth. Über die Erlasse des Deutschen Kaisers sagte Rossuth, dieselben seien unzweifelhaft aus ehrlichen Absichten entstanden; den Hohenzollern sei es erblich gegeben, sich für das Schicksal der Massen zu interessiren und ihre Stütze im Volke, und nicht in den Klassen zu suchen; Rossuth fürchtet aber, daß die kaiserlichen Worte nur Worte bleiben werden, wenigstens auf internationalem Gebiete, wo eine Einigung über die Dauer des Arbeitstages u. nicht erzielbar sei.

Johann Orth, der ehemalige Erzherzog Johann, hat bei der Gmündner Sparkasse um ein Darlehen von 250 000 Gulden auf seine dortige Besitzung nachgesucht.

Der Boulangist Noir will heute die Regierung interpelliren, warum Frankreich noch nicht Stellung zur Berliner Conferenz genommen habe und welche Stellung es nehmen werde.

Wie der „Post“ berichtet wird, wird die französische Regierung ihre Theilnahme an der Berliner Conferenz unverzagt anmelden. Da die Conferenz einen rein volkswirtschaftlichen Charakter tragen wird, wird sich die Regierung durch drei Nationalökonomen vertreten lassen, doch soll die Theilnahme Frankreichs an der Conferenz mit mehreren Vorbehalten erfolgen, u. a. sollen die Entscheidungen der Conferenz für die teilnehmenden Mächte nicht bindend sein. (Vergl. W. L. B.)

Die französische Regierung beschloß eine Verdoppelung der bisherigen 4 Marine-Infanterieregimenter. Dies ist der erste Schritt zur Bildung eines Colonialheeres.

Herzog Philipp von Orleans ist in Clairvaux in einem besondern Gebäude mit einem Garten untergebracht, das bisher der Leiter der Strafanstalt bewohnte. Sein Gefängnis besteht (wie bereits gemeldet) aus 6 großen, angenehm eingerichteten Zimmern. Die Herzogin von Chartres und ihre Tochter, die Braut des Prinzen, nehmen im Schlosse Arc, das dem Herzog von Joinville gehört, Aufenthalt. Von dort ist Clairvaux zu Wagen binnen 2 Stunden zu erreichen. Die Familie, sowie der Herzog von Luynes und der Oberstaatskanzler dürfen den Prinzen besuchen; blos Politikern erschwert man die Zulassung.

Ein Telegramm des „Standard“ aus Tassy berichtet über russische Rüstungen im Kaukasus, sowie über die Verstärkung der Festungen. Über 100 000 Mann standen an der türkischen Grenze bereit, um den Armeniern Hilfe zu leisten.

Die Bank von Sofia ist durch den Minister-Präsidenten Stambulow angewiesen worden, am nächsten Sonnabend dem deutschen Generalconcul von Wangenheim die von Jugland seit 1886 nicht erhobenen Raten der Occupationschuld auszuzahlen.

Der aus Berlin ausgewiesene Genfer Socialist sprach sich

in Brüssel sehr anerkennend über die Berliner Polizei aus, welche die Verhaftungen sehr höflich behandelte. Die Organisation der deutschen Socialdemokratie sei vortrefflich.

Der Berliner Magistrat beabsichtigt, auf dem städtischen Gute Blankenfelde eine Heimstätte für Wöchnerinnen zu errichten und zu diesem Zwecke die Brennerei und das Herrenhaus umzubauen und zweckentsprechend einzurichten.

Köln, 26. Febr. Nach der „Köln. Volksztg.“ striken seit heute die Belegschaften der Zeichen Deimels

Parlaments. Hiermit ist der Zwischenfall erledigt. Die Debatte über das Budgetgesetz wird fortgesetzt.

Palermo, 26. Febr. Zwischen Sicarozzi und Palermo ersteigten vier Individuen den Gepäckwagen des Eisenbahnzuges, knebelten zwei Beamte, raubten 8000 Francs Baargeld und Gepäck im Versicherungswerte von 4000 Francs und entflohen. Zahlreiche Verhaftungen sind erfolgt.

Paris, 26. Febr. In gut unterrichteten Kreisen verlautet, die Zustimmende Antwort Frankreichs auf die Einladung zur Theilnahme an der Berliner Conferenz werde als bevorstehend erwartet und dürfte voraussichtlich morgen erfolgen.

Paris, 26. Febr. In der heutigen Plenarversammlung der republikanischen Deputirten, an welchen 191 theilnahmen, waren fünf Minister anwesend. Tirard wiederholte seine früheren Erklärungen bezüglich der Zollfrage und betonte, er würde die Interessen des Landes unter Berücksichtigung der durch die Politik gebotenen Nothwendigkeiten im Auge behalten. Betreffs der Berliner Conferenz schweben die Unterhandlungen zwischen den einzelnen europäischen Mächten noch und die Frage sei daher jetzt noch nicht discutierbar; wenn die Versammlung anderer Ansicht sei, würde er sich zurückziehen. Die Versammlung stimmte der Haltung Tirards zu. — Gestern Abend strandete ein französisches Torpedoboot auf der Sandbank bei Costa de Pira (Portugal). Die Mannschaft wurde gerettet; man hofft, das Torpedoboot wieder flott zu machen.

Brüssel, 26. Februar. Auf die Interpellation Vanput, wonach Belgien auf der Berliner Conferenz eine allgemeine Abrüstung beantragt sollte, erwidert der Minister des Neuzern, die belgische Regierung habe, indem sie der hochherzigen Initiative des Deutschen Kaisers Beifall zolle, mit grösster Bereitwilligkeit die Einladung angenommen, aber sie könne sich die Schwierigkeit der Aufgabe nicht verhehlen. Wir haben einen gewissen Rückhalt zu beobachten und haben außerdem noch nicht das Programm erhalten. Was die Instruction anbelangt, die wir unseren Vertretern bei der Conferenz geben, so können wir uns nicht auf irgend welche Erklärungen einlassen. Ballaur billigt die Haltung der Regierung und meint, Belgien stehe nicht zu einer entscheidenden Stellung bei der Conferenz einzunehmen. Vanput bestätigt, daß man die Interpellation abweise. Ministerpräsident Beer naert unterbricht den Redner; die Regierung könne augenblicklich auf keine Erklärungen eingehen.

Newyork, 26. Febr. Zufolge der letzten Nachrichten aus Arizona kamen bei dem Dammbruch bei Prescott 150 Menschen ums Leben.

## Locale Nachrichten.

Breslau, 26. Februar.

\* Paul Scholtz-Theater. Morgen Donnerstag, wird das Lustspiel „Graf Racoz“ von Gustav v. Mojer wiederholt. Am Freitag gelangt nochmals das Zugstück des Theaters „Der Glöckenguss zu Breslau“ zur Aufführung. Den Schluss der Vorstellung bildet wiederum das Singpiel aus dem schlesischen Riesengebirge „Die Zillertaler.“

?? Antisocialistische Wahlversammlung. Das Leitmotiv, das durch alle Reden der heut Abend im Schießwerdersaale abgehaltenen, von mehreren tausend Menschen, vorwiegend Handwerkern und Arbeitern, besuchten Wahlversammlung durchflang, war: Front gegen die Socialdemokratie! Nachdem zuerst der Vorsitzende, Fabrikbesitzer Seidel, einige Worte vorausgeschickt, erhielt das Wort der Domvicer Laska. Dersele ging von der freudig konstatirten Thatsache aus, daß in Hinsicht auf die Stichwahlen in Breslau diesmal alle Parteien mit Beiseiteziehung ihrer abweichenden Anschauungen über Verwaltung und Gestaltung des Staates gesonnen seien, vereint gegen die Socialdemokraten zu stimmen, und vertieft sich dann in eine Betrachtung der Stellung der Socialdemokratie zu Kirche und Gesellschaft. Er sah die dieselbe in die Worte zusammen, die als Devise am Kopf einer in Frankreich erscheinenden socialdemokratischen Zeitung stehen: Ni Dieu ni maître! Die Wortsührer jener Partei leugnen das Dasein Gottes, die Unsterblichkeit der Seele und die Vergeltung im Jenseits. Sie sagen zwar in ihren Aufrufen, die Religion solle Privatsache sein, aber schon im nächsten Sarge versichern sie, „Ihre Genossen von dem Trage der Pfaffen und des Abglaubens befreien zu wollen“, was doch in ihrer Sprache mit der radicalen Abschaffung der Religion identisch sei. Dadurch wird lediglich die Furcht vor irischer Strafe zur Norm des menschlichen Handelns gemacht. Sie verkehren ferner das Wesen der Ehe und Familie, die eine Grundlage der Gesellschaft und des Staates sein soll, indem sie in der Ehe nur die Gemeinschaft zweier Leiber sehen; sie bekämpfen das Institut der weltlichen Obrigkeit und negiren überhaupt alles Bestehende, ohne selbst etwas Positives aufzustellen, das an dessen Platz zu stehen wäre. Ihr einziges Lebensziel ist idyllisch der sinnliche Genuss. Daher fordert Redner alle Handwerker und Arbeiter, die sich noch zum christlichen Glauben bekennen, da ihnen die Socialdemokratie wahrlich keine Verbesserung ihres Loses schaffen werde, dringend auf, bei der Stichwahl für die Candidaten der Ordnungsparteien, Oberpräsident von Seydelwitz und Redakteur Vollrath, zu stimmen, damit das Vaterland nicht der Willkür der aufgewiegelten Massen überantwortet werde. — Darauf verbreitete sich Pastor Günther im einer volksthümlich gehaltenen Rede über dasselbe Thema, indem er zuerst hinsichtlich des Zusammenhalts aller Parteien eine Parallele zog mit dem Geiste der Einigkeit, der beim Auftreten gegen den äusseren Feind in den Jahren 1866 und 1813 in Breslau zu Tage getreten, und dann an Dienjingen unter den Anwesenden appellirte, die den französischen Feldzug 1870/71 mitgemacht, indem er sie aufforderte, ihre damals mit ihrem Blute gemachten Errungenheiten nicht durch die internationalen Bestrebungen der Socialdemokraten gefährden zu lassen. Darauf verlas er einige Citate aus einem sozialdemokratischen Wahlaufrufe, der am Eingange des Schießwerdergartens vertheilt worden war, und aus einigen Nummern der sozialistischen „Schlesischen Nachrichten“, und sprach seinen Zweifel aus, daß die Socialdemokraten all die schönen Dinge, die sie dort versprechen, jemals realisieren würden. Sie verziehen ihren Anhängern Freiheit, Frieden, Wohlstand, Bildung u. s. w. Wie es jedoch z. B. mit ihrer Friedfertigkeit und Bildung ausschau, habe man in der Wahlversammlung am 17. d. Mts. in Pantels Gaithaus sehen können. Friede würde vielleicht einmal durch die Socialdemokratie herbeigeführt werden, wenn sie durch Alles verwüstenden Kampf erschafft sein würde, aber das würde dann der Friede des Kirchhofs und sie die Todtengräber sein. Ebenso wenig würden sie die verprochenen materielle Wohlfahrt je gewähren können, und zudem sei auch gerade die Sorge die beste Triebfeder zur Arbeit und damit in zweiter Linie auch zum Wohlergehen und zur Zufriedenheit. Das wünschten die Socialdemokraten auch recht gut, und darum eiferten sie so heftig gegen die Zufriedenheit. Redner verlas zum Beweise dessen einen Artikel aus dem sozialdemokratischen „Sächsischen Wochenblatt“, in dem es wörtlich heißt, die Menschen müssten aus ihrer reichen Zufriedenheit aufgerüttelt werden; Zufriedenheit sei das schlimmste Laster, sei die Trägerin geistiger Verkommenheit, sei Wahn und Selbstniedrigung; ein aufziedener Arbeiter sei ein Idiot. Der Redner glossierte dann noch einen Artikel aus dem „Socialdemokrat“, in dem es heißt, das Christenthum sei der ärteste Feind der Socialdemokratie, es habe nur bei gänzlicher Verkommenheit der Menschheit Wurzel schlagen können und sei seitdem nur darauf bedacht, Elend auszubreiten und die Not des Menschen auszubeuten. Alsdann schloß der Redner mit derselben Aufforderung, wie sein Vorredner. Nachdem dann noch drei dem Handwerker- und Arbeiterstande angehörige Redner, nämlich der Schuhmachermeister Kossuwek und die Arbeiter Krause und Skarinetwitz, in ihrer Weise mit schlichten, aber verständigen Worten die Anwesenden zur gewissenhaften Ausübung ihres Wahlrechts im antisocialistischen Sinne aufgefordert hatten, wurde auf Antrag des Vorsitzenden beschlossen, ein von diesem und den beiden Hauptrednern, Domvicer Laska und Pastor Günther, im Auftrage der Versammlung zu unterzeichnenden Telegramm an den Kaiser zu senden, und nach verliebten Hochrufen auf den Kaiser, auf die Reichstagskandidaten von Seydelwitz und Vollrath und auf die Redner Laska und Günther schloß die Versammlung.

— Ermittlung von Dieben. Eine auf der Bismarckstraße wohnende Dame wurde im Januar d. J., wie vorl. f. B. mitteilten, durch

einen fingierten Brief von einem angeblichen Schuldner, der seine Schulden abzutragen wünschte, nach einem biesigen Gasthofe gelockt. In der Abwesenheit der Dame wurde deren Wohnung mittelst Nachschlüssels geöffnet und daraus eine erhebliche Summe Geldes gestohlen. Nachträglich erhielt die Dame noch einen zweiten Brief, in dem der Dieb die Wiederholung seines Besuches ankündigte. Die Schreiberin des Briefe, welche zugleich mit der Diebin identisch ist, wurde dieser Tage in der Person einer Frau ermittelt, die in demselben Hause wohnt, wie die Bestohlene. Die Frau, welche noch andere Diebstähle verübt hat, ist gefändig. — Im Laufe des letzten Monats wurden aus den Güterräumen der biesigen Bahnhöfe eine große Anzahl Petroleumfässer, darunter auch einige mit Petroleum gefüllt, gestohlen. Als die Diebe wurden gestern ein Rollfuscher und ein Arbeiter ermittelt und in Haft genommen.

g. Polizeiliche Nachrichten. Gefunden: ein weiß und rot gezeichnetes Halstuch; eine silberne Brille; ein Thalerstück nebst 20 Pfennigen; ein Portemonnaie mit Geld. Abhanden gekommen: einer Kaufmannsfrau von der Trinitatstraße ein goldner Trauring, gravirt: 16. 8. 43, und eine goldene Quaste; beide Gegenstände sind an einem goldenen Ketten befestigt; einer Dame von der Uferstraße eine silberne Cylinderbrücke; einer Dame von der Herrenstraße eine Granatkette mit einem goldenen Medaillon, welches mit einem blauen Stein verziert ist; einer Lehrerin von der Höfchenstraße ein wertvolles Granat-Armband. Gestohlen: einem Fuhrwerksbesitzer von der Ursulinenstraße eine Petroleumtonne; einem Gastwirth aus dem Kreise Reimarkt eine Gans, vier Hühner und ein Hahn; einer Arbeiterfrau von der Klosterstraße eine Partie Wäsche durch eine unbekannte Frauensperson, die sie bei sich über Nacht behalten hatte; einem Schmiedelehrling von der Bohrerauerstraße ein Portemonnaie mit fünf Mark; einer Bergmannsfrau aus dem Kreise Kattowitz ein Zwanzigmarksstück; einem Schneider von der Höfchenstraße 39 Mark Gold; einer Agentenwitwe von der Friedrich-Wilhelmstraße etwa 32 Flaschen Ungar. Wein- und Rotwein; einem Arbeiter von der Posenerstraße 10,50 Mark Gold. Vermisst wird seit dem 22. d. M. der auf der Neuen Oberstraße 13 d. Wohnhaus Kaufmann Julius Kammerer. Dersele ist 58 Jahre alt, mittelgross, hat graues Haar und grauen Schnurrbart und trägt einen grünlichen Lederschier, grauen Anzug und schwarzen Filzhut. Seine Wäsche ist J. K. gezeichnet. — In Untersuchungshaft wurden gebracht 38 Personen, in Strafanhaft 7.

## Handels-Zeitung.

△ Oberschlesische Portland-Cementsfabrik. In der am 24. d. M. in Oppeln abgehaltenen Generalversammlung der Oberschlesischen Portland-Cementsfabrik wurde die mit dem Geschäftsbericht vorgelegte Bilanz, sowie die von den Verwaltungsvorständen vorgeschlagene Gewinnvertheilung einstimmig genehmigt. Demgemäß entfallen von dem 329038 M. betragenden Reingewinn 10 pCt. zum Reservefonds mit 32903 M.; zu Tantiemen an Aufsichtsrath, Vorstand und Beamte 44207 M.; zu Dividende an die Actionäre 10 pCt. auf die alten Actien mit 220 000 M.; 5 pCt. (halbjährige) auf die neu emittierten mit 27 500 Mark. Der Rest von 4427 M. kommt als Vortrag auf neue Rechnung. Im Anschluss hieran theilte der Vorsitzende mit, dass die Dividende unverzüglich zur Auszahlung gelangen wird. Schliesslich wurde der in Folge Auslosung aus dem Aufsichtsrath ausscheidende Herr Consul Siegmund Leonhard aus Breslau einstimmig wiedergewählt.

\* Deutsche Thonröhren- und Chamotte-Fabrik in Münsterberg. Der Geschäftsbericht pro 1889 lautet wie folgt: Die in der ausserordentlichen Generalversammlung vom 25. Juni v. J. beschlossene Capitalerhöhung ist Mitte Juli v. J. durchgeführt worden. Das bei der Begebung erzielte Agio ist dem Reservefonds I zugeslossen, wodurch derselbe die Höhe von 152 520 M. erreicht hat, während die Gesamtreserven jetzt — exclusive des Delcredere-Fonds — 262 398,83 M. = ca. 21 pCt. des Actienkapitals betragen. Die beschlossenen Neubauten und Erweiterungen der maschinellen Einrichtungen sind sämtlich im Laufe des vergangenen Geschäftsjahrs ausgeführt und vollendet worden. Es wurden dafür und zwar für Grunderwerb 6 314,40 M., Neubauten 58 672,73 M., Erweiterung der maschinellen Einrichtung der Thonindustrie 20 118,18 M., Erweiterung der maschinellen Einrichtung der Holzindustrie 14 943,10 M., zusammen 100 048,41 M. aufgewendet, und diese Erweiterungen funktionieren sowohl in der Thon- und Chamotte- als auch in der Holzbranche durchaus gut. Der Gesamtabsatz betrug 869 975,40 M. gegen 608 644,05 M. im Vorjahr. Der erzielte Betriebsgewinn beträgt 266 187,21 M. und einschliesslich 15 723,90 M. Vortrag von 1888 im Ganzen 281 911,11 M., dessen Vertheilung wie folgt vorgeschlagen wird: Abschreibungen: 5 pCt. auf Grund und Boden 9 522,05 M., 1 pCt. auf Gebäude 10 104,16 M., 10 pCt. auf Thonindustrie-Maschinen, Utensilien und Werkzeuge 14 711,26 M., 10 pCt. auf Holzindustrie-Maschinen, Utensilien und Werkzeuge 4 242,58 M., 25 pCt. auf Wirtschafts- und Fuhrwerks-Inventar 673,70 M., 10 pCt. auf Eisenbahn-Gleise 1 068,75 M., Grundstück Danzig, Hochstriess 1 250 M. b. 4 pCt. Dividende 50 008 M. c. Tantieme. 10 pCt. an den Aufsichtsrath 17 460,67 M., 7½ pCt. an die Direction und Beamten 13 095,50 M. d. 10 pCt. Superdividende 125 020 M. e. 2½ pCt. Extra-Abschreibung a/d. Fabrikate der Thonindustrie 13 334,30 M. f. Ergänzung des Delcredere-Fonds a/d. vorjährige Höhe 6 955,10 M. g. Vortrag auf neue Rechnung 14 465,04 M., macht zusammen wie obenstehend 281 911,11 M. — Creditoren wie überhaupt Verbindlichkeiten sind — abgesehen von der früher emittierten Partiaalobligationen-Anleihe — nicht vorhanden, wohl aber sehr bedeutende flüssige Mittel. An das eben begonnene Geschäftsjahr werden ebenfalls die besten Hoffnungen geknüpft, zumal die in letzter Zeit wesentlich im Preise gestiegenen Kohlen noch im September v. J. also verhältnissmäßig billig, bis zum September d. J. gedeckt wurden und überdies die oben erwähnten neu ausgeführten Erweiterungen erst in diesem Jahre voll zur Geltung kommen können.

## Submissionen.

A—z. Altmaterial-Submission des Eisenbahn-Betriebsamts Breslau-Halbstadt. Es standen eine Menge abgängiger Materialien, meist Schienen, in 70 Positionen zum Verkauf. Obgleich 19 Angebote eingegangen waren, also eine verhältnissmässig grosse Anzahl, waren doch die Preise für Schienen nicht hoch. Eigentlich schien nur ein hiesiges Haus für diesen Artikel gute Meinung zu haben und machte relativ hohe Gebote, das nächstbeste Angebot war meist schon um 70 Pf. bis 1 M. per 100 kg niedriger, die Hause in alten Schienen scheint überhaupt bis auf weitere Anregung vorüber zu sein. — Höchstgebot für einige grössere Posten per 100 kg: 25 000 kg Eisenschienen Prof. VIII, 3 m und darüber lang, in Breslau 10,32 M., 2850 kg dergl. unter 3 m 9,58 M., 5230 kg Stahlshienen 10,22 M., 35 000 kg Eisenschienen Prof. VIII, 3 m und darüber lang, in Königszelt 10,28 M., 4500 kg unter 3 m 9,58 M., 7600 kg Laschen 8,68 M., 9600 kg Schmelzeisen 7,38 M., 12 400 kg Eisenschienen Prof. VI über 3 m lang, in Freiburg 10,42 M., 8910 kg Stahlshienen über 3 m lang 9,62 M.

A—z. Kohlen-Submission. Der Magistrat von Berlin hatte die Lieferung von 17 170 To. (a 20 Ctr.) Kesselkohlen für die Wasserhebungsstationen Stralauer Thor, Tegel, Charlottenburg, Belforterstrasse und Tempelhoferberg pro 1890/91 ausgeschrieben. Es gingen 9 Offerten ein gegen 18 in vorigen Jahre, darunter 4 von westfälischen Zechen; Schlesische Gruben hatten direct überhaupt nicht angeboten. Zur Bezeichnung der Preislage dürften die folgenden beiden Offerten genügen. Cäsar Wollheim, Berlin, bot Förderkohle aus Königin Louisegrube für die Stationen in obiger Reihenfolge zu 188, 192, 202, 203 und 205 Pf. per 100 kg. an, voriges Jahr zu 157½, 159½, 166, 167 und 169 Pf. die Gewerkschaft Lothringen in Bochum gesiebte und gewaschene Nusskohle zu 260 Pf. für Stralauer Thor und 272 Pf. für Charlottenburg, voriges Jahr 169 und 190 Pf. Von schlesischen Marken boten Berliner Händler noch an: Förderkohle aus Paulus zu 168 Pf., aus Hohenzollern zu 166 Pf., aus Wanda zu 185, ferner aus Königsgrube zu 166 Pf. Förderkohle aus 168 Pf., aus Wanda zu 185, ferner aus Königsgrube zu 166 Pf. Förderkohle zu 202 Pf. Förderkohle zu 194 Pf., Kleinkohle zu 184 Pf.

## Börsen- und Handelsdepeschen.

Special-Telegramme der Breslauer Zeitung.

Berlin, 26. Febr. Neueste Handelsnachrichten. Die an der gestrigen Börse hervorgetretene starke Nachfrage nach Geld zu Regulierungszwecken machte heute weitere erhebliche Fortschritte, und Reportgeld wurde in grossen Beträgen zu 5—7 pCt. bezahlt, während der Zinsfuß für Prolongationen auf Industriewerte sich vielfach sogar auf 8 pCt. erhöhte. — Prolongationssätze: Oesterr. Creditgar. 0,55—0,85 pCt. Report, Franzosen 0,10 pCt. Depot, Disconto-Commandit 0,75—1 pCt., Deutsche Bank 0,40—0,50 pCt., Bochumer 0,90 pCt. Report,

Dortmunder glatt, Laura 0,375 pCt. Report, Italiener 0,075 pCt. Depot bis glatt, Ungarn 0,10 pCt. Depot bis glatt, Russ. Consols 0,175—0,15 Procent, 1880er Russen 0,25—0,15 pCt., Orient-Anleihe 0,175—0,15 Procent, Russische Noten 0,10—0,50—0,30 pCt. Depot; Alles mit Courtag. — An der gestrigen und auch, wie verlautet, einige Waggonladungen zur sofortigen Versendung nach Hamburg gekauft worden. Diese Operation erregte einiges Befremden, da Hamburg in der Lage ist, sich aus den ihm näher gelegenen Provinzen zu Preisen zu versorgen, welche gegen den hier gezahlten Betrag eine Ersparnis von ca. 100 M. pro Waggon repräsentieren. — Dem „Confectionär“ wird aus zuverlässiger Quelle gemeldet, dass ausser dem Kaiserbazar hier noch ein andres grossartiges Bazar-Unternehmen in der Ausführung begriffen ist; die in Betracht kommenden Gebäulichkeiten sind bereits erworben. Die Unternehmer sind Engländer, die ein Capital von 500 000 Pf. Sterl. zur Verfügung stellen.

— In hiesigen gut unterrichteten Kreisen ist von dem Abschluss einer neuen russischen Anleihe (von angeblich 200 Mill. Frs.) nichts bekannt. — Die „Voss. Ztg.“ erfährt aus Wien, dass die Bilanz der Länderbank fertig gestellt ist. Der Verwaltungsrath dürfte eine Dividende von 5 Gulden feststellen. — Zwischen dem Verwaltungsrath der neuen Tramway-Gesellschaft in Wien und dem Berliner Consortium, das 8000 Prioritäten der Gesellschaft besitzt, sind ernste Differenzen ausgebrochen, weil der Verwaltungsrath die Forderung des Consortiums, drei Persönlichkeiten desselben in den Verwaltungsrath zu cooptieren, ablehnt. — Die Handelskammer zu Coimbra in Portugal hat in einer an die hiesige Kaufmästosten übersandten Kundgebung darauf hin gewiesen, dass es in Folge der gespannten englisch-portugiesischen Beziehungen in den Geschäftskreisen Portugals warm begrüßt werden würde, wenn der deutsche Handel sich auf verschiedenen Gebieten mit den entsprechenden portugiesischen Firmen in Verbindung setzen würde. — Nach den statistischen Ermittlungen des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller belief sich die Roheisenproduktion des Deutschen Reichs (einschliesslich Luxemburgs) im Januar 1890 auf 374 066 Tonnen, darunter Puddelrohreisen und Spiegeleisen 178 913, Bessemerrohreisen 36 476, Thomasrohreisen 114 279, Giessereirohreisen 44 398 Tonnen. Die Produktion im December 1889 betrug 391 523, im Januar 1889 367 111 Tonnen.

Wien, 26. Februar. [Bilanz der österreichischen Creditanstalt] Der Verwaltungsrath beantragte, die Dividende auf 17 Gulden festzusetzen, den Reservefonds mit ca. 630 000 Gulden zu dotieren und ca. 130 000 Gulden auf die neue Rechnung vorzutragen. Der Gewinn aus den Consortiumsgeschäften wird, soweit dieselben am 31. December 1889 abgewickelt waren, in das zur Vertheilung gelangende Jahreserträge einbezogen. Von dem Buchwertes des Anstaltsgebäudes sind 100 000 Gulden abgeschrieben worden.

Der Abschluss pro 1888 ergab eine Dividende von vierzehnthalb Gulden, der Reservefonds wurde mit 417 000 Gulden dotirt, und der Gewinnrest von 109 000 Gulden auf neue Rechnung vorgetragen. Der Gewinn aus den Consortiumsgeschäften war auch in das zur Vertheilung gelangende Jahreserträge einbezogen.

Berlin, 26. Februar. Fondsbörsen. Die panikartigen Rückgänge, welche gestern nach dem offiziellen Börsenschluss eintreten, hatten bereits an den Abendbörsen der auswärtigen Plätze theilweise eine Reaction hervorgerufen, die in Käufen zu herabgesetzten Coursen Ausdruck fand; bei Eröffnung der heutigen Börse zeigte sich die Stimmung wesentlich beruhigter und die maassgebenden Speculationspapiere konnten zu prozentweise besseren Notirungen einsetzen und sich weiter heben. Später trat aus Anlass von Abgaben aus der Provinz Schwäbisch ein, unter deren Einfluss die Course wieder einen Theil der erzielten Avancen abgeben mussten. Der grösste Theil des Verkehrs beschränkte sich auf Banken und Montanwerthe, die übrigen Gebiete lagen still und waren im Ganzen wenig verändert. Am Bankenmarkt setzten Commandanten, Creditauctionen, Handelsgesellschaft und Dresden Bank höher ein, mussten aber wieder nachgeben. Festigkeit bewahrten österreichische Creditactien auf Grund von Gerüchten,



Die Verlobung meiner Tochter Lina mit dem Kaufmann Herrn Marcus Loewy hier, beehe mich anzugeben. Ferdinand London.  
Die Verlobung unserer Tochter Elise mit dem Kaufmann Herrn Julius Hirsch aus Dresden beehe wir uns hierdurch ergebenst anzugeben. [78]  
Dresden, den 25. Februar 1890.  
Eduard Graumann und Frau Ottlie, geb. Mamroth.

Elise Graumann,  
Julius Hirsch,  
Verlobte.

Hedwig Lindenberg,  
Wilhelm Redlich,  
Verlobte. [3443]

Die Geburt eines gefundenen Mädchens zeigen hierdurch ergebenst an David Goldmann und Frau Charlotte, geb. Gussmann. Friedland O.S., d. 25. Febr. 1890.

### Statt jeder besondern Anzeige!

Heut Nacht 3 Uhr entschlief sanft in Züllichau unsere heisseliebte gute Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter,

Fran Ernestine Wolff, geb. Levy,  
aus Lissa i. P.,

im 77. Lebensjahr. [3255]

Dies zeigen mit der Bitte um stille Theilnahme an

### Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Breslau, Lissa i. P. und Züllichau, den 25. Februar 1890.

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 27. d. Mts., Nachmittags 4 Uhr in Breslau vom Hause Trinitasstrasse 8, II., statt.

Am 17. d. M., Abends 9½ Uhr, entschlief sanft und schmerzlos, nach fast zweijähriger Krankheit, zu Berka in Thüringen, mein einziges Kind, mein Sohn

Albert,

im Alter von 22 Jahren. Seine Beerdigung fand am Sonnabend den 22. d. M., im engsten Familienkreise hier in Berlin auf dem Luisenkirchhof statt. [1881]

Diese Anzeige allen Verwandten und Bekannten an Stelle besonderer Mittheilung mit der Bitte um stille Theilnahme.

Berlin, 25. Februar 1890.

Rudolph Stock.

Am 20. d. Mts. verschied nach langem, schweren Krankenlager unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter und Grossmutter

Auguste Eger,  
geb. Kayser,

im 61. Lebensjahr.

Kolberg, im Februar 1890. [2112]

### Die Hinterbliebenen.

## Seligkeit!

Lied für mittlere Stimme mit Clavier von Gust. Meyer, Pr. 80 Pf. Ueberall stürmisch da capo verlangt!

Von demselben Componisten erschienen folgende entzückende Lieder:

**Mein Heimatland**, op. 13, Pr. M. 1.

Ade! op. 15, Pr. 80 Pf. [2663]

**Liebes-Lust und Leid**, op. 16.

1 Ein kleines Lied..... 50 Pf. 4 In der Fremde..... 50 Pf.

2 Der Preis..... 50 " 5 Einsame Liebe..... 50 "

3 Gartengang..... 50 " 6 Liebesglück..... 1 M.

**Zwei Röslein roth**, op. 17 Nr. 1, 80 Pf.

**Der Dieb**, op. 17 Nr. 2, 80 Pf.

Vorrätig in allen Musikhandlungen.

Berlin, Verlag der Schlesinger'schen Musikhandlung,

Französische Strasse 23.

## Neu! Für Damen Neu!

eine interessante und leichte Handarbeit!  
Die naturgetreuen reizenden neuherfundenen Belsöld'schen Blumen für Kirchen- und Zimmerdekor, Decorationen, Abendtoiletten etc. In vielen Städten bereits mit großem Erfolg eingeführt. Zum Erlernen der Anfertigung einer Blume ist nur eine Stunde erforderlich und das Material sehr billig. Für Breslau Unterricht und Niederlage des Materials und Werkzeugs: im Wäschelager: Frauen-Arbeitsverein Ohlauerstr. 58, dagegen Ausstellung und Verkauf fertiger Blumen.



### Patent-Betten

stets vorrätig,  
complet mit Spiralmatratze, Seegrasspolsterung und buntem Bezug, zum Zusammenlegen, à 12,00 Mk.



Klapp-Bettstellen von 5,50 Mk. an,  
do. mit Spiralmatratze „8,50“



Kinder-Bettstellen von 14,00 Mk. an.

Matratzen und Keilkissen in grosser Auswahl zu billigsten Preisen.

**Herz & Ehrlich**, Breslau.

Preislisten auf Wunsch gratis und franco. [2236]

grad- und kreuzsaitig, neuester Construction, in großer Auswahl zu den höchsten Preisen. Gebrauchte Instrumente werden in Zahlung genommen und sind auch stets gut reparirt auf Lager. Ratenzahlung bewilligt.

**G. Vieweg's Pianoforte-Fabrik**,  
Breslau, Brüderstraße 10 a/b. [7315]

## Stadt-Theater.

Donnerstag. (Kleine Preise.) Zum 1. Male: „Galante Könige.“ Ein Lustspielabend in 4 Akteihungen von Emil Granitzstädt. Freitag. (Erhöhte Preise.) Parquet 4 Mark re.) Drittes Gastspiel des Herrn Adalbert Matłowski vom Königl. Schauspielhaus zu Berlin: „Die Räuber.“ Trauerspiel in 5 Acten von F. Schiller. (Karl Moor: Herr Matłowski.)

## Lobe - Theater.

Donnerstag und Freitag: „Der Kernpunkt.“ Anfang 7½ Uhr. In Vorbereitung: „Das Bild des Signorelli.“

## Residenz-Theater.

Donnerstag und Freitag: „Der Dompteur.“ In Vorbereitung: „Berolina.“

## Paul Scholtz's Theater.

Heut, Donnerstag, den 27. Febr. 1890: „Graf Racovsz“. Lustspiel in 4 Aufzügen von G. von Moser. [3242]

Morgen: Der Glockengug zu Breslau im Jahre 1583.

Montag, den 3. März, Abends 7½ Uhr, im Musikaal der Universität

## 4.historisches Concert

des Bohn'schen Gesangvereins „Musik am Hofe Friedrichs des Grossen.“

Billets à 2 u. 1½ Mark in den Musikalienhandlungen der Herren J. Hainauer und Franck & Weigert. [2662]

## Orchester-Verein

Donnerstag, den 27. Februar 1890, Abends 7½ Uhr, im grossen Saale der neuen Börse:

## VII. Kammermusik-Abend.

1 Streichquartett (B-dur, op. 130). Beethoven.

2 „Die Löwenbraut.“ Ballade. Schumann.

3 Streichquartett (D-dur, Nr. 70 der Pariser Ausgabe). Haydn.

4 Drei Lieder: Hans Schmidt. a. Waldesrauschen, b. Vogelrehe, c. Die Schäferin.

Gesang: Herr R. von Zur-Mühlen aus Berlin.

Begleitung: Herr Hans Schmidt aus Riga.

Streichinstrumente: Die Herren Concertmeister Himmelstoss, Schnelle Leipnitz und Melzer.

Gastbillets à 2 Mark sind in der Kgl. Hof-Musikalien-, Buch- und Kunstdhandlung von Julius Hainauer zu haben. [2527]

## Breslauer Concerthaus.

[2677] Heute:

## VII. Symphonie-Concert.

Symphonie Nr. 6 (Pastorale) von L. v. Beethoven. Anfang 3 Uhr. Entrée 60 Pf. Von jetzt ab halbe Dutz.-Billets à 3 M. in der Lichtenberg'schen Musikalienhandlung (C. Becher) und an der Kasse.

Georg Riemenschneider.

## Zeltgarten.

Auftreten von Willy Pantzer, Lustvolteur, Brothers William u. Charles, Afroaten-Glomms, Herr Waschinsky, Komiker.

Ferner bis 28. d. M. Auf-

treten: Mr. Barnum mit seinen

dressirten Ulmer Doggen, Miss

Wanda mit dem Musee mysté-

rieuse, Geschwister Mariano,

Tänzerinnen, Mr. Henry de Vry,

Mimiker, Herr Jülich, Komiker,

und Fr. Peters, Sängerin.

Aufgang 7½ Uhr. Entrée 60 Pf.

## Concoursverfahren.

Über das Vermögen des Hotel-

besitzers

Robert Hoffmann

von hier (wohnhaft am Oberschlesi-

schen Bahnhof Nr. 25) ist heute,

am 26. Februar 1890,

Nachmittags 12½ Uhr,

das Concoursverfahren eröffnet.

Bewerber: Der Kaufmann Carl

Becker von hier, Neue Taschenstraße

Nr. 25a.

Anmeldefrist

bis zum 20. April 1890.

Erste Gläubigerversammlung:

den 17. März 1890,

Vormittags 10 Uhr.

Prüfungstermin:

den 9. Mai 1890,

Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte,

am Schweidnitzer Stadtgraben 4,

Zimmer Nr. 89 des zweiten Stocks.

Offener Arrest mit Anzeigetafel

bis zum 1. April 1890.

Breslau, den 26. Februar 1890.

Winkler,

Gerichtsschreiber

des Königlichen Amts-Gerichts

zu Breslau.

Aufgebot!

Auf den Antrag der verwitweten

Kaufmann Regina Scheidele,

geb. Balch, zu Augsburg werden

die Nachlaßgläubiger und Vermächtnis-

nahmehrer des am 4. März 1889

verstorbenen Professors Dr. Richard

Scheidele aus Breslau aufgefordert,

ihre Ansprüche und Rechte auf

den Nachlaß derselben bei dem unter-

zeichneten Gerichte spätestens in dem

auf den

5. Januar 1894,

Vormittags 11½ Uhr,

an biefiger Gerichtsstelle am Schweid-

nitzer Stadtgraben Nr. 4, Zimmer 89

des zweiten Stocks, anberaumten Auf-

gebotsstermin angemeldet und die

Urkunde vorzulegen, widrigfalls

die Kraftloserklärung der letzteren

erfolgen wird.

Breslau, den 19. Februar 1890.

Königliches Amts-Gericht.

Bekanntmachung.

Das Aufgebotsverfahren, betreffend

die Nachlaßgläubiger und Vermächtnis-

nahmehrer des am 3. August 1889

**J. Oschinsky's Gesundheits- und Universal-Seifen**  
haben sich bei rheumatisch-gichtischen Leiden, Wunden, Salzfluss, Entzündungen und Flechten als heilsam bewährt. Zu beziehen in Breslau bei S. G. Schwarz, Ohlauerstr. 4. Ed. Groß, Neumarkt 42. Namslau R. Werner. Reisse E. Möller. Neumarkt 12. Hippauf. Ohlau R. Voel. Oppeln A. Chromekla. Ratibor R. Königberger. Rawitsch R. F. Frank. Schönau A. Weist. Sorau R. L. J. D. Kauter. Sprottau Th. Kümpfer. Steinau a. O. A. Zieffle. Strehlen Otto Ullm. Striegau G. G. Opitz. Waldenburg R. Voel. Zabrze W. Borinski. J. Oschinsky, Kunstseifen-Fabrikant, Breslau, Carlsplatz 6.

**Hypotheken.**

Zur Anlage von Capitalien in Hypotheken sowie zur Beschaffung hypothekarischer Darlehen auf Güter in Schlesien und Breslauer Hausgrundstücke halten wir unsere Dienste empfohlen. [2039]

**Ed. & Em. Gradenwitz,**  
Breslau, Ohlauerstrasse 1, I., Kornecke.

**Einem jungen, strebsamen, tüchtigen Kaufmann**  
mit etwas Vermögen bietet sich Gelegenheit zur Selbstständigkeit durch Erwerb der Filiale (Verkaufsstelle) eines großen Fabrikgeschäfts! Das Zweiggeschäft ist in Oberösterreich in einer der verkehrtreichen Städte mit Garnison, handelt jetzt nur feinen Special-Artikel mit gutem Erfolg, kann aber durch Aufnahme von Herren-Artikeln bedeutend vergrößert werden. Neukaufs coulante Verkaufsbedingungen werden zugestellt. Gef. Offerten resp. Anfragen befördern **G. L. Daube & Co.**, Berlin W. 41, sub R. S. 1001. [1977]

### Orgelbau.

In die Kirche zu Woigwitz bei Cauth soll eine neue Orgel mit 5 Stimmen angeschafft werden. Der Orgelbau wird einem der Mindestfordernden übertragen und werden Anträge und etwaige Zeichnungen, welche beide weder vergütet noch zurückgegeben werden, an das Dominium Kriebowitz bei Cauth erbeten. [2696]

**Geld-Darlehen zu 6%**  
als Personalscredit ohne Vormerkung erhalten rückzahlungsfähige Personen jeden Standes von 150 M. aufwärts und können in kleinen Raten getilgt werden. Anfr. mit 3 Retourmarken an J. Gelb, Budapest, VI Theresienring.

**12 000—18 000 M.**  
zur 1. Stelle pro 1. April zu vergeben. Offerten unter P. S. 69 Brief. d. Bresl. Btg. [3250]

Ein junger Wirthschaftsbeamter sucht 4—500 Mark gegen hohe Bitten. Gef. Offerten unt. A. M. 66 an die Exped. der Bresl. Btg.

Ein ehrl. u. strebsamer Handwerkermester bittet um 12 Thlr. auf Bitten und Abschlagszahlung. Off. u. E. E. 64 in d. Exp. d. Bresl. Btg. erb.

**Agenturengeuch.**  
Ein strebsamer, solider Kaufmann (32 Jahr alt) sucht die Vertretung in Colonialwaren, Chemikalien u. Mühlenfabrikaten leistungsf. Firmen für Breslau zu übernehmen. Pa.-Referenzen denselben zur Seite. [3276]  
Offerten sub Chiffre N. D. 71 an die Exped. der Bresl. Btg.

Ein Rittergut, ca. 900 Morgen, eine halbe Stunde zu Wagen von Breslau, ist zu verkaufen. Selbstläufig erfährt das Nähere unter H. H. 100 Breslau hauptpostlagernd.

**Hausverkauf.**  
In einer größeren Kreis- und Garnisonsstadt, mit sehr lebhaftem Verkehr, in welcher sich höhere Schulen und königliche Behörden befinden, ist erbtheilungshalber ein massives Eckhaus mit daran grenzendem großem Speicher mit hohen Kelleräumenkeiten, in bester Lage der Stadt, zu jedem Geschäft sich eignend (besonders für Getreide- und Spiritus-Handel), unter günstigen Bedingungen bei geringer Auszahlung preiswert zu verkaufen. — Offerten unter K. 2766 an Rudolf Moos, Breslau. [961]

1 alte, gute **Gamaschenfabrik**

mit guter Detailkundschafft ist bei einer Anzahlung von 4500 M. mit vollständigem Inventar vom 1. April zu verkaufen. Agenten verbieten. Offerten unter A. K. 70 Exped. der Bresl. Btg. [3256]

**Eine flotte Bäckerei**

in Os., gut gelegen und vorz. Einrichtung, ist frankreichthalber für 20 000 M. zu verk. Gebäude gut, tägl. Lösung 250—300 M. jährl. Reing. bis 8000 M. R. u. Bäckerei postl. Ratibor.

Sur Errichtung eines Möbel-Magazins in einer Kreisstadt Oberschlesiens, in welcher bis jetzt nichts besteht, werden gefällige Offerten unter H. F. 138 an die Exped. der Bresl. Btg. erbeten. [2547]

Die Ausbentung eines 10 Morgen großen [2625]

**Kalksteinbruches**  
kann ein kundiger Unternehmer für eigene Rechnung übernehmen vom Dominium Zawada, Poststation Peiskretscham.

400 Ctr. gelbe Rosen-, 600 Ctr. Kuecko-, 100 Ctr. Earl Rosa - Kartoffeln verkauft Dom. Hünnern, Kreis Ohlau. [2674]

**Lebende Karpfen, Aale, Schleien Barse, Hechte, frischen Zander, Cabeljau, Schellfische, grüne Heringe, Seezungen, Steinbutten, Hechte**

empfiehlt [3258]

**E. Huhndorf,**  
Schmiedebrücke 21.

Filiale: N. Schweidnitzerstr. 12.

Fette Puten, Enten, Kavanner billigst abzugeben Carlspatz 1 bei Kretschmer. [3275]

C ש גן, Puten, Auerhähnchen, Kavanner, sowie frische Blauecken, Zand billigst. Schönplätz, Sonnenstr. 18, Ecke Sonnenplatz.

**Lebende Hechte, Karpfen, Schleien, frischen Lachs, Seezunge, Hecht, Zand, Maränen,**

**Caviar, Hummern, Austern**

empfiehlt billigst [3274]

**Carl Schröder,**  
Fischhdlg., Ohlauerstrasse 43.

Großer Verkauf einfacher sowie hochwertige Möbel, Spiegel, Teppiche und Polsterwaren im gebiegter billigster Ausführung zu höchsten Preisen Zinkenstr. 6, 2. Et. Alleinige Niederlage der Patent-Bett-Möbel.

**Briefmarke u. Couverts**

aus den J. 1850—70 wird stets zu hoh. Preisen gef. Möbelhd. Kupferschmidestr. 8. Gustav Weckwerth.

**Stellen-Anerbieten und Gesuche.**

Insertionspreis die Zeile 15 Pf.

E. geb. Fr. w. in all. wirthschaftl. als auch in wissenschaftl. zw. s. erfahrt, zugl. musik. u. d. best. Tätigkeitszeugn. bestigt, f. ganz besond. z. Griech. mutterloher Kind. eignet u. auch z. selbstst. Leit. e. l. großen Haushaltes, sow. z. Gesellsch. u. Pflege e. alt. Dame, sucht Engag. durch Fr. Friedländer, Sonnenstr. 25.

Gesucht e. s. tücht. jüd. Wirthschaftlerin f. e. einzeln. Herrn d. Frau Friedländer, Sonnenstraße 25. [2547]

Die Ausbentung eines 10 Morgen großen [2625]

**Kalksteinbruches**  
kann ein kundiger Unternehmer für eigene Rechnung übernehmen vom Dominium Zawada, Poststation Peiskretscham.

400 Ctr. gelbe Rosen-, 600 Ctr. Kuecko-, 100 Ctr. Earl Rosa - Kartoffeln verkauft Dom. Hünnern, Kreis Ohlau. [2674]

Als Stütze der Hansfran sucht ein gebild. Mädchen aus guter Familie, in Handarb. u. Häuslich., wie in der Kinderpflege erfahren, Engagement. Gef. Offerten unter A. H. postl. Ratibor.

N. Markiewitz, Königshütte. [3261]

Mehrere gewandte junge Damen, gute Figuren, werden als **Verkäuferinnen** gesucht, auch können sich Damen, die im Abstecken und Andern von Confection vollständig firm sind, zum sofortigen Auftritt melden. Persönliche Vorstellung erforderlich.

**E. Breslauer,**  
Damen-Mantel-Fabrik.

[2691]

### Reisender-Gesuch für die Destillations-Branche.

Wir suchen zum baldigen Auftritt oder per 1. April einen tüchtigen, gut empfohlenen Reisenden aus der Branche — Unverheirathete bevorzugt — bei hohem Gehalt.

Photographien, Originalzengenisse, Preimarken verbeten.

**L. Galewsky & Co., Breslau,**

Albrechtsstrasse 57. [925]

**E. Breslauer,**  
Damen-Mantel-Fabrik.

[2692]

Kinderpflegerinnen m. g. Bezugn., Stütze der Hansfr., i. Schneid. geübt, erhalten Stellung in f. Häusern durch Frau Fanni Markt, Elisabethstrasse 7, I. [3264]

Ein junges Mädchen aus achtb. Familie, die mit d. Buchvertr. und im Rechnen firm ist, auch gute Bezugn. besitzt, sucht andern. Stell. als Buchhalt. od. Cashierin. Gef. Offerten unt. R. 63 Exped. der Bresl. Btg. erbeten. [3240]

Köchin, Stubenmädchen, ält. Kinderchen, Kinderfrauen u. tücht. Mädchen für alle Arbeiten in Breslau, Berlin und auf Landshöfser in nur herrlich. Hänsern gute u. dauernde Stell. durch Fr. Brier, Breslau, Ring 2.

**Empfehle**  
eine ältere Köchin, wie mehrere firme Stubenmädchen. [3254] Fr. Rother, Wallstr. 21.

Gesucht Kochmells, Dienstmädchen, Kuttler f. fürstlichen Markt, herrsch. Diener f. sof. u. 1. Apr. d. Hofmann, Brühl 180, Leipzig.

**Stellen** jed. Branche, große Auswahl nach all. Gesch. u. in Berlin. Ford. Sie folche v. Postkarte. Stellen-Courier, Berlin-Westend.

**Stellen** suchende jeden Berufs placirt schnell Reuter's Bureau, Dresden, Magistr. 6.

Für ein Strumpfwärz. u. Handschuh-Geschäft wird ein mit Branche und Kundlichkeit vertrauter [981]

**Reisender** bei hohem Gehalt gesucht.

Ebenso findet ein Buchhalter u. starker Correspondent Stellung. Offerten mit Angabe der bish. Tätigkeit unter F. 2786 an Rudolf Moos, Breslau, erbeten. [2617]

**Commis**, tüchtigen Expedient. — Marken verbeten. [2670]

F. Cohn, Waldenburg i. Schles.

Für meine Lederhandlung suche ich einen tüchtigen [2502]

**Commis** zum Antritt per 1. April. Jul. Kassel, Reisse.

**Ein Commis**, tüchtiger zuverlässiger Expedient, in der Colonial- u. Eisenwaren-Branche erfahren, findet per 1. April a. e. dauernde Stellung.

M. Wannek, Königshütte Os. [3262]

**Junger Commis** wird für mein Kunst- und Luxuswaren-Geschäft suche zum sofortigen Auftritt einen mit der Branche vertrauten

**Commis**, tüchtigen Expedient. — Marken verbeten. [2670]

F. Cohn, Waldenburg i. Schles.

Für meine Lederhandlung suche ich einen tüchtigen [2502]

**Commis** für ein größeres Schnittwaren- u. Spezereigeschäft in Oberschles. bei hohem Gehalt gesucht. Offerten unter Jacobowitz & Silberstein, Breslau. [2666]

**Commis** für mein Stab- u. Eisenkunzwarengeschäft suche einen tüchtigen [2669]

A. M. Loewe's Wwe., Loslau.

Für ein größeres Cigarren- und Tabak-Geschäft wird p. 1. Apr. c. ein tüchtiger Expedient

und ein Lehrling gesucht. Polnische Sprache unbed. nothwendig. Bezugnabschriften, Gehaltsanspr. erwünscht.

N. Markiewitz, Königshütte. [908]

Ein gehandelter Decorateur und Verkäufer der Puz., Weiz. u. Wollwarenbranche sucht, gefüht auf Pa.-Referenzen, per 1. April cr. in einem größeren Detail-Geschäft dauerndes Engagement.

Offerten sub F. 67 an die Exped. der Bresl. Btg. erbeten. [3262]

Für mein Modewaren- und Tuch-Geschäft suche per 1. April cr. einen der polnischen Sprache tüchtigen, selbstständigen Verkäufer, dem beste Referenzen zur Seite stehen.

Samuel Gurassa, Oppeln. [3252]

Für mein Stab- u. Eisenkunzwarengeschäft suche einen tüchtigen [2669]

**Verkäufer;** derselbe muß der einfachen Buchführ. und polnischen Sprache tüchtig sein. Bezugnabschriften, Gehaltsanspr. erwünscht. [2669]

A. M. Loewe's Wwe., Loslau.

Für ein größeres Cigarren- und Tabak-Geschäft wird p. 1. Apr. c. ein tüchtiger Expedient

und ein Lehrling gesucht. Polnische Sprache unbed. nothwendig. Bezugnabschriften, Gehaltsanspr. erwünscht.

N. Markiewitz, Königshütte. [908]

Für mein Stab- u. Eisenkunzwarengeschäft suche einen tüchtigen [2669]

**Verkäufer;** derselbe muß der einfachen Buchführ. und polnischen Sprache tüchtig sein. Bezugnabschriften, Gehaltsanspr. erwünscht.

N. Markiewitz, Königshütte. [908]

Für mein Stab- u. Eisenkunzwarengeschäft suche einen tüchtigen [2669]

**Verkäufer;** derselbe muß der einfachen Buchführ. und polnischen Sprache tüchtig sein. Bezugnabschriften, Gehaltsanspr. erwünscht.

N. Markiewitz, Königshütte. [908]

Für mein Stab- u. Eisenkunzwarengeschäft suche einen tüchtigen [2669]

**Verkäufer;** derselbe muß der einfachen Buchführ. und polnischen Sprache tüchtig sein. Bezugnabschriften, Gehaltsanspr. erwünscht.

N. Markiewitz, Königshütte. [908]

Für mein Stab- u. Eisenkunzwarengeschäft suche einen tüchtigen [2669]

**Verkäufer;** derselbe muß der einfachen Buchführ. und polnischen Sprache tüchtig sein. Bezugnabschriften, Gehaltsanspr. erwünscht.

N. Markiewitz, Königshütte. [908]

Für mein Stab- u. Eisenkunzwarengeschäft suche einen tüchtigen [2669]

**Verkäufer;** derselbe muß der einfachen Buchführ. und polnischen Sprache tüchtig sein. Bezugnabschriften, Gehaltsanspr. erwünscht.

N. Markiewitz, Königshütte. [90